Angehörigen Info

C 10190 16.5.1997 Preis: 3,00 DM **194**

Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD



Wir dokumentieren im folgenden ein Interview, das Christian Klar dem ***Süddeutsche Zeitung Magazin*** Nr. 17 vom 25.4.1997 gegeben hat. Da die Knastleitung das Interview untersagte, kam es schriftlich und auf Umwegen zustande. Zwei Fragen, die das ***SZ-Magazin*** nachträglich geändert hat, werden in der ursprünglichen Fassung wiedergegeben.

Dokumentiert: Interview mit Christian Klar

„Die RAF gehört in eine ganz bestimmte Zeit ...“

Wie haben 15 Jahre Haft auf Sie gewirkt?

Ich bin schon weit darüber hinaus, dafür noch Worte zu haben. Die Isolationshaft zerschlägt den Gefangenen buchstäblich in Einzelstücke, mit dem Kalkül, daß er, jahrelang ohne Rückhalt, sich in seiner Qual an die Macht wendet, ihn wieder heil zusammenzufügen. Politische Gefangene sitzen einen doppelten Knast ab. Da ist einmal die direkt gegen sie gerichtete Maßnahme. Und dazu noch die demonstrative Seite, mit der der Staat auf die Gesellschaft zielt.

• *Was hält Sie am Leben?*

Ich orientiere mich nach draußen. Das liefert dem Knast allerdings auch Ansatzpunkte für Extrabestrafungen, zum Beispiel wegen „Arbeitsunwilligkeit“.

• *Dürfen Sie Briefe schreiben, telephonieren?*

Direkte Schreibverbote gibt es hier nicht mehr. Um eine Reihe von Besuchsverboten wegzukriegen und für die Genehmigung zum Telephonieren mit einzelnen Angehörigen und den Anwälten mußte ich im Herbst 1995 erst fünf Wochen hungerstreiken.

• *Haben Sie Kontakt zu Adelheid Schulz?*

Soweit es die Umstände zulassen, sicher. Meine alte wilde Schwester. Freiheit für Heidi Schulz und alle anderen Gefährten!

• *Was machen Sie eigentlich in Bruchsal, Ihrem Gefängnis? Arbeiten Sie? Lesen Sie? Studieren Sie? Wir haben gehört, Sie wollten ein Fernstudium an der Universität Hagen beginnen.*

Dabei ging es um ein paar Themen aus der Informatik. Dieses Institut gibt manche Plätze auch an Nichtstudenten ab. Ich habe vermutet, der Knast würde so etwas fördern. Sie haben aber schon den ersten weiterführenden Kurs verboten – das sei nicht kontrollierbar.

• *Ihr Vater sagte kurz vor Ihrer Festnahme 1982 zu einem Reporter: „Besser, Christian wird getötet, als daß er lebenslänglich hinter Gitter muß.“ Wie fanden Sie das?*

Mein Vater ist 1992 gestorben. In den Jahren davor haben wir ein paarmal im überwachten Raum geredet. Dieser Ausspruch ist schon naheliegend, wenn man ein individualisiertes Verständnis von der Sache hat. Angehörige von politischen Militanten sind zuerst mal zwangsläufig mit diesen Umständen konfrontiert. Das geht schon mit der Fahndung los. Auch wenn ihr eigenes Leben ganz entfernt von der Sache ist. Der Staat begreift „die Familie“ ja als seine eigene Institution. Viele Angehörige haben sich schon in den siebziger Jahren zusammengetan, zuerst um mit den Problemen nicht allein zu bleiben, später haben sie eine bedeutende Unterstützung für die Gefangenen entwickelt, im politischen Raum. Ich bin mit noch vier weiteren Geschwistern aufgewachsen, unsere Mutter hat uns schon frühzeitig die Freiheit in einem guten Licht gezeigt. Eine gute Grundlage dafür, daß zu keinem die Verbindung abgebrochen ist.

• *Was würden Sie tun, wenn Sie morgen freikämen?*

Die übriggebliebenen Gefangenen kämpfen dafür, daß die Freiheit für alle auch Wirklichkeit wird. Ich verspüre ein Bedürfnis nach Abstand zu den deutschen Verhältnissen.

• *Was ist die RAF heute? Es gibt derzeit verwirrende Botschaften, mal eine Gewaltverzichtserklärung, mal eine Art Auflösungsbeschluß, dann – wie kürzlich – einen neuen Brief.*

Ich weiß es nicht. Und was ich in der Zeitung lese, ist mir schon seit einigen Jahren fremd. Die RAF gehört in eine ganz bestimmte Zeit, in die siebziger und achtziger Jahre. Sie ist inzwischen Geschichte. Man muß dazu nur den Widerspruch mitdenken, daß eine ihrer Entstehungsbedingungen, die herrschende politische Ordnung, keineswegs Geschichte ist. Darauf bezieht

Berichte zu Peru auf den Seiten 5 ff.

Bild: Gesehen in der Klausstraße in Hamburg

Fortsetzung Interview mit Christian Klar



sich ja die neue Erklärung von Ende November 1996. Aber die Verfasser bringen nur drei Buchstaben einer vergangenen Autorität ins Medienspiel. Das hat was von Täuschung.

• *Wenn Sie die Geschichte der RAF in den vergangenen zwanzig Jahren betrachten – was waren für Sie die entscheidenden Zäsuren?*

Die Gefangenen hatten schon 1989 die Fortdauer der RAF öffentlich zur Diskussion gestellt, aber von draußen nicht die Unterstützung dafür bekommen, die den alten Rahmen gesprengt hätte. Kurz darauf haben die weltweiten politischen Umbrüche dann alles Alte überrollt. Jetzt verstellt ein Haufen Trümmer den Blick zurück.

• *Ist es tatsächlich wahr, daß die RAF für die Attentate auf Beckurts und Herrhausen verantwortlich ist?*

Ja, die RAF hat sich dazu erklärt.

• *Wir hören immer von einer ersten und einer zweiten Generation der RAF – sogar von einer dritten. Zu welcher gehören Sie?*

Die „Generationen", das ist ja nie unser eigener Begriff gewesen. Der kommt aus den propagandistischen Bedürfnissen der Verfolger, die zum Beispiel nach 1972 oder nach 1977 erklären mußten, warum es nach der „Zerschlagung" trotzdem weiterging. Man müßte statt dessen bestimmte Etappen und Veränderungen der politischen Situation herausarbeiten. Das ist dann Geschichte der Neuen Linken, der RAF und der BRD.

• *1993 haben Sie geschrieben: „Eine revolutionäre Bewegung, die noch mal heilend eingreifen könnte, ist nicht in Sicht." Was haben Sie damit gemeint?*

In diesem Moment hat es bedeutet, daß die Klärung dieser bestimmten Auseinandersetzung innerhalb des Zusammenhangs RAF und Gefangene im Jahr 1993 von außerhalb hätte kommen müssen. Durch eine Perspektive, die schon über die RAF hinausweist. Nur, es kam dann nichts, die Bedeutung hat es offensichtlich für niemanden gehabt. Dieser Konflikt ist von uns ja bewußt öffentlich gemacht worden. In diesem Sinne habe ich „heilend" gemeint.

• *Können Sie verstehen, daß es viele Menschen gibt, die den Begriff „heilende Wirkung" im Zusammenhang mit der RAF als zynisch empfinden?*

Es soll ja niemand das Blutvergießen als das Normale akzeptieren.

• *Die RAF hat öffentlich nie Zweifel am Weg oder am Ziel ihrer Politik geäußert. Manche Menschen können das nicht begreifen. Haben Sie wirklich nie gezweifelt?*

Na ja, ich höre in der allgemeinen Rede von Zweifel immer den luxuriösen Beiklang. Die Mehrheiten im System der Weltfürsten haben keine Wahl, als um ihr Leben zu kämpfen. Der Weg unterliegt immer wieder der Kritik. Aber welches sind die Quellen der politischen Vision gewesen? Ich habe in der RAF etwas davon konkret erlebt, daß das kapitalistische Menschenbild nicht die Grenze der Geschichte ist: Der Individualismus, der die Vereinzelung idealisiert. Der Erbauer und Bewohner von Gehäusen. Die Geschäftsbeziehung. Eine Befreiung aus diesen überkommenen Strukturen setzt viel Kraft und Enthusiasmus frei.

• *Sie gelten als Kopf der RAF. Sind Sie das?*

Überhaupt nicht. Es hat „Köpfe" und ähnliche schwere Ämter in der RAF nie gegeben. Das kollektive Prinzip hat funktioniert.

• *In der Presse heißt es gelegentlich, daß Sie es waren, der die ersten Kontakte mit DDR-Verantwortlichen geknüpft hat, um eine sichere Bleibe für RAF-Aussteiger zu finden.*

Ich habe zusammen mit Wolfgang Beer nach Inge Viett den Kontakt hergestellt.

• *Haben Sie jemals selbst daran gedacht, in der DDR unterzutauchen?*

Nein.

• *Was würden Sie einem Mann wie dem „Kronzeugen" Werner Lotze sagen, wenn Sie mit ihm reden könnten?*

Mir fällt nichts ein.

• *Können Sie sich in die Lage eines Kronzeugen hineinversetzen?*

Wozu soll ich das wollen?

• *Kannten Sie Christoph Seidler? War er bei der RAF?*

Ich kenne Seidler nicht. Natürlich hat es Hans Benz (Leiter des RAF-Aussteigerprogramms beim Verfassungsschutz – Red. des SZ-Magazins) auch bei meinen Angehörigen versucht.

• *Behörden und Presse bezeichnen Sie als Hardliner der RAF.*

So hört es sich an, wenn Polizistenhirne politische Dinge beurteilen. An die Wiederbelebung einer Strategie des bewaffneten Kampfes denke ich nicht.

• *Können Sie sich in der Haft ein Bild machen von der Welt draußen, dürfen Sie Zeitungen und Bücher lesen?*

Zeitungen sind nur gedruckte Wörter, die ganz unterschiedliche Bedeutungen haben können. Ohne ihren sinnlichen Kontext, ohne die Mimik oder die Melodie einer Stimme verliert sich der Bezug. Via Medien werden ja eine Menge Schachteln hochgehalten, auf denen Politik draufsteht, aber keine drin ist. Vor allem die Veränderung der subjektiven Bedingungen ist nur schwierig wahrzunehmen. Einige ehemalige Gefangene haben davon dann genauer berichtet: vom Klima des individuellen Überlebens. Wie die Wut nach innen gerichtet wird, weil die gesellschaftlichen Bedingungen nicht mehr veränderbar erscheinen. Einerseits der Fun und das Tempo der Medien – aber der ganze Lärm ist nur ein großes Schweigen.

• *Was ist für Sie der gravierendste Unterschied zwischen der politischen Situation der Bundesrepublik vor Ihrer Verhaftung und heute?*

Da spielt das Ende der Bipolarität eine Rolle. Die Ära von 1914 bis 1990 hatte sozusagen eine Reihe eigener politischer Codes. Und in denen hat sich die Welt verständigt. Dazu gehörte ein Bewußtsein über Auschwitz im Sinne eines Bruchs der zivilisatorischen Mission des Bürgertums als historischer Klasse. Die Sowjetunion, Hauptkraft bei der Niederwerfung Nazi-Deutschlands, hatte insofern ein Erbe übernommen, in der Frage der atomaren Waffen während des Kalten Krieges ebenso, den Westen zum Vorrang des Politischen anzuhalten. Nun ist dieser alte Rahmen verschwunden, aber die Entstehungsbedingungen von Faschismus in einem hochproduktiven System sind mit hinübergenommen worden. Das Soziale, das Politische hat keine Sprache mehr, im Gegensatz zu den Investoren und Technokraten. Aber den Ziffern ist es gleich, ob sie für Produktion oder Vernichtung stehen.

• *Wie beurteilen Sie die Linke heute? Was halten Sie etwa von Joschka Fischer oder Gregor Gysi?*

Die Investoren haben den Internationalismus in ihre Regie genommen, und die Links findet keine Antwort darauf. Sie versucht die Wiederbelebung einer moralischen Politik, obwohl die alten Voraussetzungen dafür, die Existenz stabiler Mittelschichten, entfallen ist. Ein Boom von Predigern. Das Realste in den letzten Jahren ist noch die praktische Unterstützung für Flüchtlinge.

• *Wie haben Sie den Fall der Mauer am 9. November 1989 empfunden?*

Eher neugierig distanziert. Ich habe mich mit Stimmen aus der Dritten Welt identifiziert, die die Berliner Mauer im Vergleich zu den Mauern, die die Verelendeten der Welt von ihren Lebenschancen trennen, unbedeutend fanden. Ein paar Dutzend Kilometer weiter östlich ertrinken jetzt Immigranten vor High-Tech-Sperren, von Patrouillen gehetzt. Innenpolitisch sind seitdem die Startblöcke montiert worden. Die Entnazifizierung Deutschlands ist erfolgreich durch diese große ideologische Veranstaltung, die DDR-Bewältigung heißt, ersetzt worden.

• *Kam Ihnen damals schon der Gedanke, daß in der DDR möglicherweise jemand enttarnt werden könnte?*

Ich dachte natürlich an die Ehemaligen dort. Allerdings ist zwischen der Ausdehnung des BKA auf das Gebiet der DDR und dem Aufspüren noch mal einige Zeit verstrichen. Also gab es eine Chance. Ich habe von den Ehemaligen aus der RAF zuerst den Versuch erwartet, zu verschwinden und etwas Neues zu suchen.

• *Wie würde die RAF die heutige politische Situation kommentieren?*

Sie meinen: ehemalige RAF-Leute. Daran denke ich nicht mehr. Wäre da ein Bedarf der Linken an spezifischen Erfahrungen, hätten sie 1989 die Dialoginitiative der Gefangenen zu ihrer Sache gemacht oder 1993 beim Auseinanderfliegen des alten Zusammenhangs zum Ausdruck gebracht, daß es sie irgend etwas angeht. Ich kann mir gut

vorstellen, irgendwann rauszukommen und mich im linken Politikbetrieb als völlig fehl am Platz wiederzufinden.

• *Die inzwischen freigelassenen Mitglieder der RAF schweigen ja auch, keiner von ihnen nimmt mehr an der politischen Diskussion teil.*

Vielleicht sind sie so geplättet von dem, was sie draußen vorgefunden haben.

• *Haben Sie sich Fehler vorzuwerfen? Welche Lehren ziehen Sie persönlich aus der Vergangenheit?*

So umfassend werde ich mir erst als freier Mensch Gedanken machen. Und mit anderen aus dieser Zeit gemeinsam. Zudem haben „die Lehren" nur Sinn in Bezug auf die Perspektive. Aber vorerst mal sehe ich auch die grundlegende Schwäche, wie es Helmut Pohl im Juni in der Konkret angesprochen hat: Eine eigentliche politische Struktur ist nie entwickelt worden. Von Strategie ist die Rede, nicht von einem weiteren Versuch.

• *Wie sieht Ihr Traum vom Leben aus?*

Das unterscheidet sich ja nicht so sehr von schon gemachten Erfahrungen von Glück. Der Traum schmückt es dann natürlich zu einem Tanz aus.

• *Haben Sie noch etwas zu verlieren?*

Das hat man, solange man sich für Dinge interessiert, die weiter als die eigene Nasenspitze reichen, nicht? Aber diese Frage ist doch auch ständig vom Hunger überlagert.

• *Wenn Sie eine Rede an die Deutschen halten dürften –was würden Sie sagen?*

An „die Deutschen" – also im nationalen Schema – hieße, zu einem halluzinierten Gebilde zu sprechen. Das kann ich nicht, aber vielleicht ist es dem Leser möglich, sich abseits der staatlichen Propaganda ein genaueres Bild von meinen Erfahrungen und unserer heutigen Situation zu machen.

Dokumentiert: Interview mit Irmgard Möller

„Es war für mich der richtige Weg, trotz der Knastjahre"

Wir dokumentieren ein Interview des Spiegel (17/97) mit Irmgard Möller.



Frau Möller, Sie werden demnächst 50, über 22 Jahre Ihres Lebens haben Sie im Gefängnis verbracht. War die Entscheidung für die RAF nicht ein furchtbarer Fehler?

Ich habe zu keinem Zeitpunkt gedacht, daß ich den falschen Weg gewählt habe. Es war für mich der richtige Weg, trotz der ganzen Knastjahre.

• *Selbst der gottesfürchtigste Priester wird mal von Glaubenszweifeln geplagt. Haben Sie nie gezweifelt?*

Nein. Ich war immer davon überzeugt, daß ich für eine gerechte Sache kämpfe und letztlich deshalb eingesperrt worden bin. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

• *Sie sind seit knapp zweieinhalb Jahre wieder frei. Denken Sie noch oft an die Zeit im Knast?*

Mehrmals jeden Tag.

• *Wie verläuft Ihr Alltag?*

Völlig unregelmäßig. Meistens weiß ich morgens noch nicht, wie ich den Tag verbringe.

• *Wovon hängt das ab?*

Eigentlich von mir. Ich versuche zu bestimmen, was ich gern machen möchte. Anfangs ist mir das allerdings mehr gelungen als jetzt. Im Gefängnis habe ich täglich mindestens vier Zeitungen gelesen, jede Meldung, jeden Kommentar. Ich mußte ja die ganze Wirklichkeit aus diesen Medien ziehen, hatte ständig Angst, Elemente für eine politische Einordnung oder Analyse zu verpassen. Heute lese ich viel, viel weniger.

• *Wie schnell haben Sie sich in der Freiheit zurechtgefunden?*

Schon nach ein paar Wochen hatte ich wieder ein Raumgefühl, verlief mich nicht mehr in der Stadt. Ich bin auch ziemlich schnell wieder U-Bahn gefahren oder in Cafés gegangen. Aber bis heute kann ich nicht glauben, tatsächlich draußen zu sein. Ich bin noch lange nicht richtig angekommen.

• *Wovon leben Sie?*

In den ersten zwei Jahren war ich krank, war total erschöpft, konnte mich nicht konzentrieren. Damals bekam ich Sozialhilfe. In den ersten Monaten haben mich auch Freunde finanziell unterstützt. Jetzt habe ich eine kleine Beschäftigung.

• *Haben Sie eine eigene Wohnung?*

Ich lebe in Wohngemeinschaften, mal in Hamburg, mal in Süddeutschland. Es ist die einzige Form des Wohnens, die für mich in Frage kommt.

• *Hängt das mit Ihrer langen Haftzeit zusammen?*

Nur zum Teil. Ich finde diese neue Form der Vereinzelung, die immer mehr zunimmt,

Angehörige der politischen Gefangenen

Grußadresse zum 1. Mai

Wir sind Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD und senden dieser Kundgebung Grüße!

Wenn wir am heutigen 1. Mai an die Geschichte der Kämpfe der Arbeiterbewegung erinnern, wollen wir auch die nicht vergessen, die in neuerer Zeit und seit vielen Jahren gegen Faschismus und Unterdrückung und für eine gerechte Weltordnung kämpfen.

Sie hatten sich vorgenommen, aus den Bedingungen hier mit den Befreiungsbewegungen in anderen Teilen der Welt eine gemeinsame Sache gegen das imperiale System aufzubauen, es zu überwinden.

Wir alle wissen, daß das nicht gelungen ist bis jetzt.

Diese Menschen sitzen nun seit 10, 15, 18 Jahren in Gefängnissen der BRD, viele Jahre davon in Isolationshaft.

Der Staat tut heute noch alles, um ihre Kontakte zur Außenwelt zu behindern, zu erschweren, um die politische Diskussion unmöglich zu machen.

Und wie sieht die politische Wirklichkeit hier bei uns aus?

Asylsuchende im Gefängnis, Bundeswehrsoldaten in vielen Teilen der Welt, weitere und tiefere Kluft zwischen Arm und Reich.

Ausgrenzung überall. Die kapitalistische Macht scheint uns zu überrennen.

Gerade weil es so nötig ist, brauchen wir die politische Diskussion mit den Gefangenen.

Wir können auf ihre Erfahrung in den vielen Jahren nicht verzichten.

Wir können uns das gar nicht leisten.

Und wir brauchen sie draußen aus den Gefängnissen, hier bei uns und sofort –

Freiheit für alle politischen Gefangenen

Angehörige der politischen Gefangenen in der BRD, 22.4.97

Diese Grußbotschaft wurde am 1. Mai auf zwei Demonstrationen in Berlin verlesen. Wegen der 1.-Mai-Demos sitzen in Berlin noch 5 Leute im Knast.

unerträglich und grotesk: Jeder hat seine eigene Küche, seinen eigenen Fernseher, diesen ganzen Haushaltsapparat. Als ein solches Einzelwesen möchte ich nicht vegetieren.

• *Halten Sie hauptsächlich Kontakte zu Ihren früheren RAF-Genossen, oder gibt es auch neue Freunde?*

Neben ehemaligen Gefangenen treffe ich auch Leute, die mich im Knast besucht haben oder die ich nach meiner Freilassung kennengelernt habe. Aber die Fähigkeit, Beziehungen einzugehen, wird durch die Gefangenschaft beschädigt. Man wird eher mißtrauisch, verschlossen.

• *Sprechen Fremde Sie manchmal auf Ihre Vergangenheit an?*

Anfangs, als in Hamburg noch viele Plakate für meine Freilassung klebten, haben mir Menschen auf der Straße zugewinkt oder gratuliert. Einmal hat mir sogar jemand Blumen geschenkt, im Café. Dagegen gab es keine einzige gemeine oder beleidigende Anmache.

• *Sind Sie noch irgendwie politisch aktiv?*

Nicht so kontinuierlich, wie ich mir das vorgestellt hatte. Ich weiß auf die vielen brisanten Fragen auch keine fertigen Antworten. Ich habe aber beispielsweise an Veranstaltungen zur Unterstützung der peruanischen Botschaftsbesetzer teilgenommen, gegen die Einrichtung von Abschiebeknästen für Asylbewerber demonstriert. Und ich beteiligte mich vor dem US-Generalkonsulat in Hamburg an den täglichen Protesten gegen die geplante Hinrichtung des afroamerikanischen Journalisten Mumia Abu-Jamal, der in den USA in einer Todeszelle sitzt.

• *Verstoßen Sie damit nicht gegen Ihre Bewährungsauflagen?*

Zu demonstrieren ist mir nicht verboten. Ich muß nur jeden Wohnsitzwechsel angeben und mich regelmäßig bei der Bewährungshelferin melden.

• *In Ihrem Buch schildern Sie ihre Entwicklung zur militanten RAF-Kämpferin und wiederholen die Behauptung, im Herbst 1977 sei ein Mordkommando in das Stammheimer Gefängnis eingedrungen, habe Ihre Genossen Andreas Baader, Jan-Carl Raspe und Gudrun Ensslin getötet und Sie schwer verletzt. Wollen oder können Sie vor sich und anderen nicht zugeben, daß Sie damals gemeinsam den Selbstmord geplant hatten?*

Keineswegs. Auch wenn sich viele Leute das wünschen, werde ich nicht plötzlich anfangen zu lügen. Ich werde nie etwas anderes sagen: Das war nicht Selbstmord, sondern Mord.

• *Die ehemaligen RAF-Mitglieder Monika Helbing und Susanne Albrecht haben ausgesagt, daß es einen Selbstmordplan für den Fall gab, daß Sie und Ihre Mithäftlinge nicht ausgetauscht werden. Das wollen sie schon 1977 von dem RAF-Mitglied Brigitte Mohnhaupt erfahren haben.*

Das ist gelogen, so etwas hat Brigitte niemals gesagt, weil es einen solchen Plan nicht gab.

• *Frau Mohnhaupt hat dazu bisher geschwiegen. Aber warum sollten Frau Albrecht und Frau Helbing so etwas erfinden?*

Ganz einfach: Sie wollten von der Kronzeugenregelung profitieren. Alle Aussteiger, die in der DDR unterkamen, sind nach ihrer Enttarnung von den Vernehmungsbeamten aufgefordert worden, sich gegen Strafnachlaß zu Stammheim zu äußern. Das weiß ich aus Akten und Zeugenaussagen. Für den Staat war es extrem wichtig, scheinbar glaubwürdige Zeugen für die Selbstmordthese zu bekommen.

• *Demnächst soll in der Schweiz ein internationales Treffen ehemaliger linker Widerstandskämpfer stattfinden, darunter auch frühere RAF-Angehörige. Dabei ist auch geplant, über die Vorgänge von Stammheim offen zu diskutieren.*

Von dem Treffen weiß ich, von diesem Detail ist mir nichts bekannt.

• *Halten Sie es nicht für denkbar, daß dabei Ihre Version angezweifelt wird, Sie in die Defensive geraten?*

Ich in die Defensive? Nein, eher umgekehrt. Im übrigen kann es eine ehrliche Aufarbeitung unserer Geschichte ohnehin erst geben, wenn auch die jetzt noch in Knästen sitzenden Gefangenen entlassen sind und sich äußern können. Tatsache ist, daß immer noch zehn RAF-Mitglieder eingesperrt sind, unter anderen Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt, Adelheid Schulz. Einige sind durch die Haft schwer krank, Helmut Pohl muß dringend an der Wirbelsäule operiert werden. Alle müssen schleunigst raus.

• *Alle sind wegen terroristischer Gewalttaten zu lebenslanger Haft verurteilt.*

Na und? Was macht es für einen Sinn, daß sie teilweise schon seit über 15 Jahren sitzen, jetzt, wo die RAF so gar nicht mehr existiert, auch nicht mehr bewaffnet kämpft? Als Motiv fällt mir nur Rache ein. Offenbar soll meine lange Haftdauer auch Maßstab für die anderen sein.

• *Sie und Ihre Mitkämpfer von der RAF haben den Staat doch immer als gnadenlos, als grausam, als Bestie beschrieben?*

Sie meinen, eigentlich sollte ich mich bestätigt sehen und zurücklehnen? Das werde ich nicht tun.

• *Ebenso wie die von Ihnen erwähnten Häftlinge halten auch Sie die Terroranschläge der RAF für berechtigt. In Ihrem Buch steht, die Ermordung von Arbeitgeberpräsident Hanns Martin Schleyer sei kein Fehler gewesen. Fürchten Sie nicht, daß Sie damit bei vielen Menschen, auch solchen, die sich für Ihre Freilassung eingesetzt haben, auf totales Unverständnis stoßen?*

Warum soll ich das fürchten? Sehen Sie doch mal, wer Herr Schleyer war: früher ein SS-Offizier, der in die Verbrechen der Nazis verstrickt war, später ein Vorkämpfer gegen viele Formen von Demokratisierung in der Bundesrepublik.

• *Dann hätte die RAF ja Hunderte, Tausende ehemaliger Nazis erschießen müssen.*

Nein. Ziel von Schleyers Entführung war ja nicht, ihn zu erschießen, sondern ihn auszutauschen. Aber als es nach Mogadischu und Stammheim um die Frage ging, ob man ihn laufenlassen soll oder nicht, war sicher seine spezifische Geschichte entscheidend.

• *Sie selbst sind unter anderem wegen des Bombenanschlags auf das US-Hauptquartier in Heidelberg verurteilt worden, bei dem 1972 drei Soldaten ums Leben kamen. In Ihrem Buch rechtfertigen Sie auch dieses Attentat.*

Rechtfertigen ist nicht das richtige Wort. Ich rechtfertige nicht, sondern erkläre nur.

• *Für Sie sind diese Anschläge auch heute, 25 Jahre später, noch legitim?*

Ja, das ist mein Verständnis. Der Krieg in Vietnam war eskaliert. Die Amerikaner koordinierten von Heidelberg aus täglich diese verheerenden Bombenangriffe auf die vietnamesische Bevölkerung. Und wir standen mit unserem Kampf gegen die US-Streitkräfte nicht allein. Es war ein Ziel der Studentenrevolte, aus der wir hervorgegangen sind, den Vietnamkrieg zu stoppen.

• *Grenzte es nicht an Größenwahn, mit ein paar Gesinnungsgenossen der Weltmacht USA den Krieg zu erklären, dafür Menschenleben zu opfern?*

Durch unseren Angriff 1972 wurde einer der Zentralcomputer der Amerikaner zur Koordination der Bombardements in Vietnam beschädigt. Dadurch wurde möglicherweise Tausenden von Vietnamesen das Leben gerettet.

• *Glauben Sie etwa, das Ende des Vietnamkrieges hänge mit Ihrem Widerstand zusammen?*

Wir haben sicher zum Sieg des vietnamesischen Volkes beigetragen, das denke ich schon. Unsere damalige Funktion ist jedenfalls auch in den USA noch nicht vergessen. 1994 hat das US-Außenministerium gegen meine Freilassung protestiert. Es war dagegen, weil ich die Angriffe gegen die US-Armee nicht bereuen würde.

Durch ein technisches Versehen fehlt auf S. 4 leider der Schluß des Interviews mit Irmgard Möller. Hier ist er:

• *Haben Sie nie einen Anflug von Reue verspürt?*

Es gibt nichts zu bereuen.

• *Und die Menschen, die durch Sie zu Tode gekommen sind, etwa bei der Explosion in Heidelberg?*

Die wußten genau, daß sie Teil einer Militärmaschinerie waren, die Krieg führte.

• *Andere RAF-Mitglieder sind da selbstkritischer. Birgit Hogefeld etwa, die 1993 in Bad Kleinen festgenommen wurde, hat vor Gericht unter anderem eingeräumt: „Wir waren denen, die wir bekämpfen wollten, sehr ähnlich und sind ihnen wohl immer ähnlicher geworden."*

Sie meinetwegen „ich" sagen, wenn sie sich so fühlt, aber nicht „wir". Ich erkenne mich jedenfalls in solchen Aussagen überhaupt nicht wieder. Birgit Hogefeld bezog sich bei dieser Aussage offenbar auf die Erschießung des US-Soldaten Edward Pimental, der 1985 getötet wurde, weil die RAF seinen Dienstausweis brauchte. Diese Aktion finde ich allerdings auch in keiner Weise legitim. Es ging nicht um die Person, sondern um seine Identitätskarte. Es hätte jeder andere sein können.

• *Auch die bei der Entführung von Schleyer getöteten Sicherheitsbeamten oder der getötete Fahrer von Siemens-Vorstand Karl Heinz Beckurts waren ja wohl nicht persönlich gemeint.*

Es gibt einen wesentlichen Unterschied. Sie waren nicht zufällig am Ort des Geschehens, sondern sie hatten eine bestimmte Funktion.

• *Ihre Aussagen zu den Gewaltaktionen der RAF sind erschreckend kalt und unbarmherzig. So, als hätte sie die lange Haftzeit noch härter gemacht.*

Das stimmt nicht, ich bin durch die lange Gefangenschaft nicht härter geworden. Ich habe nur zu diesem Punkt mein Verhältnis nicht geändert.

• *Bedauern Sie nicht, auf fast alles verzichtet zu haben, was für die meisten Menschen das Leben erst lebenswert macht: Beruf, Familie, Kinder?*

Nein.

• *Sehen Sie sich als Märtyrerin?*

So habe ich mich nie gefühlt.

• *Wenn Sie heute 25 Jahre alt wären, würden Sie dann den Staat wie damals mit Gewalt bekämpfen?*

Nein. Und zwar deshalb nicht, weil die Bedingungen für den bewaffneten Kampf nicht mehr gegeben sind.

Staatsterroristen stürmen Botschaft



Am Nachmittag des 22. April 1977 stürmten 140 Elitesoldaten die japanische Botschaft in Lima, die seit 126 Tagen von Guerilleros/as der MRTA (Revolutionäre Befreiungsbewegung Tupac Amaru) besetzt war. Als der Angriff auf die Botschaft beendet wurde, rissen Soldaten die Fahne der MRTA vom Mast und feierten den militärischen Sieg. Der peruanische Präsident Fujimori erschien mit schußsicherer Weste. Während die Landeshymne gesungen wurde, gebärdete er sich wie ein römischer Triumphator und bedankte sich bei seinen Militärs für den „Sieg der Demokratie über den Terrorismus". Eindeutiger hätte die Symbolik die peruanischen Verhältnisse nicht treffen können – mit der Erstürmung der Botschaft haben sich die militaristischen, neoliberalistischen Kräfte vorerst durchgesetzt. Die Macht der Militärs, des Geheimdienstes und Fujimoris, der sich 1992 in einem sog. „kalten Staatsstreich" zum Diktator geputscht hatte, konnte durch diese Aktion noch gestärkt werden. Die bestehende Opposition wird die Folgen deutlich zu spüren bekommen. Fujimori brachte klar zum Ausdruck: Es geht ihm um die Vernichtung des Widerstandes, insbesondere der radikalen linken Bewegung.

Während bis auf zwei Offiziere und ein Mitglied des Obersten peruanischen Gerichtshofes alle Geiseln befreit wurden, wurden alle 14 Revolutionäre exekutiert. Ein Racheakt, der dazu dienen sollte, keine Zeugen am Leben zu lassen. Ein Offizier bestätigte, Fujimori habe den Befehl erlassen, alle Revolutionäre zu erschießen: „Bei Befreiungsaktionen werden keine Gefangenen gemacht", kommentierte Fujimori die Hinrichtung.

Die internationale Öffentlichkeit feiert die angeblich so überraschende Erstürmung mit. Die Fernsehberichte werden von Schlagwörtern wie „Erleichterung" und „Freude" geprägt, kritische Stimmen sind die absolute Ausnahme. So lobte z.B. die US-Regierung, die nichts gewußt haben will und offiziell für eine politische Lösung eintrat, prompt das „verantwortliche" Verhalten Fujimoris. Die japanische Regierung bezeugte ebenfalls Verständnis für das harte Durchgreifen. Sie hatte auch nichts zu verlieren –selbst wenn aus ihrer Sicht nicht alles so glimpflich gelaufen wäre, hätte sie keine Verantwortung übernehmen müssen.

Überraschend mag also allenfalls der genaue Zeitpunkt der Militäraktion gewesen sein. Von Anfang an betonte Fujimori, er werde sich den Guerillos/as nicht beugen. Er ging nach seinem neoliberalen Schema vor, indem er seit der Botschaftsbesetzung ein doppeltes Spiel spielte. Die Regeln sind einfach: Nach außen hin gab er sich gesprächsbereit, während er in Abstimmung mit Vertretern imperialistischer Länder den Angriff vorbereitete. Während der Verhandlungen mit VertreterInnen der MRTA, der Regierung, des Roten Kreuzes und der Kirche bekundete er immer wieder sein Interesse an einer friedlichen Lösung. Tatsächlich waren die Mitglieder der Kommission nichts weiter als Statisten. Der politische Druck, dem Fujimori zunächst ausgesetzt schien, zwang ihn, in Verhandlungen zu treten. Doch gab es Anhaltspunkte für eine militärische Lösung, die die Verhandlungen sprichwörtlich untergruben: Schon am 6. März 97 wurde bekannt, daß peruanische Sicherheitskräfte einen Tunnel unter der Botschaft gebaut hatten, den sie bei ihrer Militäraktion nutzten. Das letzte, sehr eindeutige Signal war der Rücktritt des ehemaligen Polizeichefs und des Innenministers von Peru nur zwei Tage zuvor. Zudem unterstützten BRD und US-Imperialisten Fujimori auf logistischer und militärischer Ebene. Seit der Botschaftsbesetzung waren u.a. Vertreter des BKA in Lima. Mittlerweile häufen sich auch die Indizien, daß die beteiligten Soldaten nicht (alle) aus Peru stammten. Die Erstürmung wurde zudem mit modernsten Technologien vorbereitet.

Fujimoris Ruf war nach der MRTA-Aktion stark angeschlagen, strafte sie doch die staatliche Propaganda Lügen. Weltweit wurden Berichte gesendet, in denen die Revolutionäre auf die Folgen der neoliberalen Politik Perus aufmerksam machten. Polizeistaatliche Verhältnisse, starke Macht des Militärs, existenzbedrohende Armut der breiten Bevölkerung zugunsten der Kapitalvertreter und Zerschlagung jeglicher Opposition. Die Zeit für die Beendigung des politischen Dilemmas, in das Fujimori geriet, war gekommen: Das Image des Herrschaftstrios aus Militär, Geheimdienst und Fujimori war durch Skandale der letzten Zeit angekratzt.

Bei der Stürmung ist nicht nur die Botschaft in Flammen aufgegangen, sondern auch die Hoffnung auf eine politische Wende, die tatsächlich Fortschritt mit sich gebracht hätte. Im Gegenteil: Fujimori wird vermutlich eine noch härtere Gangart einschlagen und seine diktatorische Amtszeit notfalls auch gegen das momentan geltende Grundrecht durchsetzen – das heißt mit einem erneuten Putsch.

Das erklärte Ziel der MRTA war es vor allem, über 400 politische Gefangene zu befreien und die Haftbedingungen zu verbessern. Sie ist mit ihrer Hoffnung, den internationalen Druck auf Peru zu verstärken und so eine Veränderung herbeizuführen, zunächst gescheitert. Allerdings hat sich mit ihrer Besetzung der Botschaft gezeigt, daß sie nicht so schnell totzureden ist, wie Fujimori das gerne hätte. Der Erfolg ihrer Aktion lag vor allem darin, das Augenmerk der internationalen Öffentlichkeit auf die verheerende Situation in Peru zu lenken. Norma Velazco, die Europasprecherin der MRTA, erklärte: „Wir müssen uns neue, bessere Methoden für ihre Befreiung ausdenken. Wichtig ist aber weiterhin, daß die internationale Öffentlichkeit weltweit die politischen Gefangenen und ihre unmenschliche Behandlung jetzt nicht aus den Augen verlieren darf."

Um das Totschweigen linker, revolutionärer Opposition im eigenen Land zu durchbrechen und gleichzeitig politische Unterstützung zu leisten, hat die Antifaschistische Aktion/Bundesweite Organisation (AA/BO) eine Kampagne „Ein Radio für die MRTA" gestartet. Da in Peru die Medien staatliche kontrolliert und somit Propagandamittel der neoliberalen Regierung sind, ist es notwendig, eigene, linke Medien in Peru zu schaffen. Wegen der hohen Kosten eines derartigen Projekts ruft die AA/BO zu einer bundesweiten Spendenkampagne auf. Unterstützt wird das Projekt bereits von einem Netz von Radios in Lateinamerika und Italien. Wer sich an dem Projekt beteiligen will, kann einen Beitrag von 50,–DM an untenstehende Adresse schicken und erhält dann 50 Plakate. Weitere Plakate und Flugblätter können bestellt werden. Wenn Ihr als Organisation/Gruppe die Kampagne mit Eurem Namen unterstützen wollt, meldet Euch bis spätestens Mitte Juli, euer Name/Emblem erscheint dann auf dem Plakat.

Wichtig bei diesem Projekt ist vor allem die politische Unterstützung der MRTA: Ihre Ziele und die Verhältnisse in Peru dürfen in der schnellebigen Mediengesellschaft nicht untergehen. Gerade jetzt wird unserer Solidarität gebraucht! Macht Veranstaltungen, veröffentlicht Anzeigen (Vordrucke können bestellt werden), sammelt Geld, macht Parties oder was auch immer euer Ideenreichtum hervorbringt! Der Stand der Kampagne und des Solidaritätskontos wird vierteljährlich veröffentlicht und an alle UnterstützerInnen verschickt.

Wir trauern um die ermordeten GenossInnen der MRTA!

Hoch die internationale Solidarität!

Bestelladresse: Autonome Antifa (M), c/o Buchladen Nikolaikirchhof 7, 37073 Göttingen

Solidaritätskonto: Stichwort „Das Schweigen brechen", Konto-Nr. 100 700 368, Sparkasse Göttingen, BLZ 260 500 01

(Aus: EinSatz!, Zeitung für autonome Politik, Göttingen, Mai 97)

„Deshalb wollen wir am 1. Mai den Arbeiter-comandante Nestor Cerpa ehren ...“



Isaac Velazco, Europasprecher der MRTA, durfte nicht auf der 1.-Mai-Kundgebung in Zürich sprechen, obwohl er von einem Bündnis von ca. 70 Organisationen eingeladen worden ist. Seine von uns abgedruckte Rede wurde per Tonband abgespielt. Währenddessen schweigt Isaac.

Liebe Genossinnen und Genossen! Am internationalen Tag des Proletariats wollen wir allen unsere Solidarität zeigen, die heute als Schaffende des Reichtums der Welt aus ihren Bedingungen beschlossen haben, gegen ein Modell des wilden Kapitalismus – den Neoliberalismus – zu kämpfen.

In den jetzigen Zeiten wird vom Ende der Ideologien geredet und vom Triumph des demokratischen Systems über den sozialistischen Totalitarismus, aber trotzdem bleibt der Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit und verschärft sich: der Widerspruch zwischen dem sozialen, kollektiven Charakter der Produktion und dem individuellen, privaten Charakter der Aneignung des von den Arbeitenden geschaffenen Reichtums.

Dieser Widerspruch wird durch den Neoliberalismus weiter verschärft, dieses ökonomische Modell bereichert weiter die wenigen Reichen und läßt die Millionen Armen, die es auf der Welt gibt, noch tiefer in Armut sinken.

Der Neoliberalismus wird auf globaler Ebene durchgesetzt. Seine Varianten zeigen sich in mehr oder weniger Grausamkeit, abhängig von dem Ort, wo sie durchgeführt werden, im reichen Norden oder im armen Süden, in den unterentwickelten oder entwickelten Ländern.

Es ist länger her als ein Jahrhundert, als die Arbeiter anfingen, um die Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung seitens des Kapitals zu kämpfen. Ein Kampf, der mit der Eroberung von sozialen Errungenschaften begann wie kürzeren Arbeitszeiten. Der Kampf für den 8-Stunden-Arbeitstag entwickelte Bewußtsein und Organisierung. Gleichzeitig entwickelte sich ein klares Klassenbewußtsein und das Verständnis, daß Kämpfe mit anfänglich konkreten Forderungen sich weiter in Richtung auf einen politischen Kampf entwickeln sollten, um die Ausbeutung von Menschen durch Menschen zu beenden, um so den Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit zu lösen.

In Peru begannen 1906 Hafenarbeiter in Callao den Kampf für den 8-Stunden-Tag, der 2 Jahre später Erfolg hatte. Dieser Kampf verbreiterte sich in weiteren Arbeitsbereichen wie bei den Bäckern und Textilarbeitern, die 1916 nach langen Kampftagen dieses Recht errangen. Die Zusammenschlüsse der Bäcker und Textilarbeiter gründeten auch die CGTP (Hauptkonföderation der Arbeiter Perus): Ein Gründer war José Carlos Maria Tegui, einer der ersten sozialistischen Denker Perus und Lateinamerikas. Er hat durch seine pädagogische Arbeit der peruanischen Arbeiterbewegung eine klare proletarische Ideologie und eine deutliche politische Unabhängigkeit der Klasse gegeben.

In der Textilindustrie machte ein unbekannter Arbeiter durch seine Disziplin, Organisation und sein Bewußtsein auf sich aufmerksam. Er wurde Generalsekretär seiner Gewerkschaft in der Textilfabrik CROMOTEX, als Arbeiter ohne Bezahlung entlassen wurden. (...) Die Arbeiter besetzten friedlich die Fabrik, um ihr Recht auf Arbeit zu verteidigen. Nach monatelangen ergebnislosen Verhandlungen beschlossen die Unternehmer, die Arbeiter durch die Polizei gewalttätig zu räumen.

Die gewaltsame Stürmung fand am 4.2.79 statt. Ergebnis: die Ermordung von 6 Arbeitern und der Tod eines Polizeikapitäns, der bei der Räumung aus dem 2. Stock fiel. Der Gewerkschaftsvorsitzende und die Arbeiter wurden festgenommen mit dem Vorwurf des Angriffs auf Sicherheitskräfte und der Ermordung eines Polizeioffiziers.

Der Generalsekretär, Genosse Nestor Cerpa Cartolini, und die Arbeiter der Textilgewerkschaft CROMOTEX saßen bis zum 7.9.79 im Gefängnis, weil sie ihr Recht auf Arbeit verteidigten. Sie wurden freigelassen durch die Solidarität und Mobilisierung der Arbeiterklasse und Volksorganisationen. Dieses brutale Verbrechen gegen die Arbeiterklasse zeigte dem Genossen Nestor Cerpa Cartolini, daß der Kampf für die Rechte der Arbeiterklasse nicht nur auf gewerkschaftlicher, legaler und friedlicher Ebene durchzuführen war, da ein ganzes Unterdrückungssystem gegen das Proletariat existierte, ein System, das nicht zögert, mit Gewalt gegen die gerechten Forderungen der Arbeiter und des Volkes vorzugehen.

So ist der Gewerkschaftsvorsitzende zum Revolutionär geworden, und zusammen mit anderen Revolutionären setzte er gegen die terroristische Gewalt des peruanischen Staates die organisierte Gewalt eines bewaffneten Volkes, um das Recht auf ein würdiges Leben zu verteidigen und zu erobern, das Recht, in Peru eine Gesellschaft in Frieden und sozialer Gerechtigkeit aufzubauen, wo jeder Mann und jede Frau, Landarbeiter oder Stadtarbeiter, Recht auf Erziehung, Kultur und Vergnügen haben soll, wie es jedem Menschen zusteht.

Der Arbeiterkommandant Genosse Nestor Cerpa hat die revolutionäre Gewalt als Mittel benutzt und nicht als Ziel, und wie alle unsere Kämpfer hat er einen Krieg, der schon grausam und brutal ist, menschlich gemacht. Menschlich, indem sie sehr genau die Genfer Konvention in Fällen innerer Konflikte respektiert haben, genauso wie die Verletzten und Gefangenen aus den polizeilichen Kräften.

Länger als 15 Jahre dieses inneren Konflikts haben die Tupac-Amaru-Kämpfer Rücksicht auf die Genfer Konvention genommen sowie auf die physische Integrität ihrer Verletzten und Gefangenen. Es war der Arbeiterkommandant Nestor Cerpa, der nach der Belagerung von Juanjui 1987 im nordöstlichen Dschungel Perus die Verletzten und Gefangenen transportiert und an ärztliche und kirchliche Autoritäten übergeben hat, damit sie behandelt wurden. Unter den Kriegsgefangenen befand sich ein Leutnant der Nationalpolizei, Sohn des Direktors der nationalen Direktion gegen Terrorismus (DINCOTE) und Generals der Nationalpolizei Perus, Jhon Caro.

Es war der Arbeiterkommandant Genosse Nestor Cerpa, der sich vor der peruanischen Bevölkerung in einer Fernsehbotschaft im März 90 verpflichtet hat, die Genfer Konventionen zu respektieren, um so den Krieg, der unser Land mit Blut überzieht, zu humanisieren.

Es war der Arbeiterkommandant Genosse Nestor Cerpa, der auf dem Schlachtfeld von Rioja im Nordosten Perus 9 Polizisten gefangengenommen hat und sie unversehrt an den Bischof von Moyobamba Monsenor Venancio Orbe im Juni 1991 übergeben hat.

Es war der Arbeiterkommandant Genosse Nestor Cerpa, der bei der Besetzung der japanischen Botschaft in Peru einerseits die Rationalität des revolutionären bewaffneten Kampfes gezeigt hat, und andererseits hat er vor den Augen der Welt die Irrationalität eines neoliberalen ökonomischen Modells deutlich gemacht, das durch Gewalt gegen das Volk versucht, schnelle Rentabilität des

Kapitals zu erreichen.

Die Aktion am 17. Dezember hat der Welt die Folgen des neoliberalen Modells gezeigt: Elend und Repression an einem Volk, das Opfer der Unterdrückung und Ausbeutung seiner Arbeitskraft und seiner Ressourcen ist, und das alles, damit eine Gruppe von Unternehmern, die mit dem transnationalen Kapital verbunden ist, sich schnell bereichert auf Kosten eines ganzen Volkes. Die Aktion am 17. Dezember zeigte der Welt die Irrationalität des neoliberalen Modells, das mit Staatsterrorismus unterstützt wird, der die Immunität sichert für Folterer, bei außergerichtlichen Hinrichtungen, Völkermord und Todesschwadronen gegen ein Volk, das gegen den Neoliberalismus steht.

Wer sich gegen Neoliberalismus wehrt, wird eingeknastet wie hier 9000 Männer und Frauen, würdige Söhne und Töchter der Arbeiterklasse und eines Volkes, das um Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung kämpft.

Wie Ihnen allen schon bekannt ist, wurden am 22. April dieses Jahres die Mitglieder des Commando Edgar Sanchez und der Arbeiterkommandant Genosse Nestor Cerpa Cartolini auf japanischem Territorium ermordet, damit sich in Peru ohne Widerstand das Modell des wilden Kapitalismus durchsetzen kann: der Neoliberalismus.

Deswegen wollen wir am internationalen Tag der Arbeit den Arbeitercomandante Genosse Nestor Cerpa ehren, einen würdigen Vertreter der peruanischen Arbeiterklasse, und in seinem Namen ehren wir alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Kampf für die Befreiung des Proletariats gefallen sind, im Kampf für eine Gesellschaft in Frieden und mit sozialer Gerechtigkeit.

Offener Brief der Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand, an den Hamburger Innensenator

Mit Empörung haben wir zur Kenntnis genommen, daß Sie auf Initiative des Bundesinnenministers dazu angehalten wurden, ein politisches Betätigungsverbot gegen den Europasprecher der MRTA/Peru, Isaac Velazco, auszusprechen.

Hiermit protestieren wir energisch gegen den Versuch, einen Sprecher einer ausländischen politischen Bewegung mundtot zu machen, nur weil er die Verhältnisse in seinem Heimatland sowie die Umstände der Erstürmung der japanischen Botschafterresidenz in Lima am 23. April 1997 beim Namen nennt. Von zahlreichen lateinamerikanischen Menschenrechtsorganisationen werden die Erstürmung der Botschafterresidenz und die Erschießung aller Mitglieder des MRTA-Kommandos als bewußtes Massaker kritisiert. Zu keinem Zeitpunkt habe die Bereitschaft zu einer politischen Lösung der Botschaftsbesetzung bestanden. Dies ist auch die Auffassung von Herrn Velazco. Weiterhin gibt er bekannt, daß damit die politischen und sozialen Probleme Perus keineswegs gelöst seien und weitere Aktionen der MRTA folgen würden. Dafür soll ihm hier im Exil ein Maulkorb verpaßt werden, soll ihm das Grundrecht auf freie politische Betätigung aberkannt werden. Dies ist nicht hinnehmbar.

In der Bundesrepublik gibt es eine lange Tradition, unliebsame ausländische politische Organisationen mundtot zu machen, sie zu kriminalisieren und zu verbieten. Dies fängt an mit dem Verbot der Generalunion der palästinensischen Studenten und reicht über das Verbot von Devrimci Sol bis hin zum PKK-Verbot. Wurden diese Organisationen noch für Aktionen, die ihnen in der Bundesrepublik zur Last gelegt wurden, verboten, soll nun schon die politische Äußerung zu den Verhältnissen im Heimatland ausreichen, ein politisches Betätigungsverbot zu verhängen. Dagegen protestieren wir energisch.

Die Rote Hilfe ist eine bundesweite Schutz- und Solidaritätsorganisation mit zur Zeit etwa 3.000 Mitgliedern, die sich für in der BRD politisch Verfolgte einsetzt und Solidarität organisieren möchte. Wir erklären uns explizit solidarisch mit Herrn Velazco und weisen jeden Versuch, gegen ihn ein politisches Betätigungsverbot auszusprechen, zurück.

Der Bundesvorstand der Roten Hilfe e.V.

Der Hamburger Innensenator Wrocklage ist unter der Adresse Johanniswall 4, Hamburg zu erreichen.

***

Wie wir im Angehörigen Info 190 schon berichteten, wurde Isaac Ende des Jahres im Stern und im Tagesspiegel angegriffen. Diese Artikel basierten auf Quellen peruanischer Einrichtungen und des Hamburger Verfassungsschutzes, der I. in seiner neuesten Broschüre zum ersten Mal erwähnt.

Nach der Botschaftsstürmung eskalierte die Hetze in mehreren Medien: ZDF, Focus, Spiegel („Drohung aus Hamburg“) und Welt am Sonntag („Trotz Gewaltaufrufs gewährt Hamburg Rebellensprecher Asyl“).

Isaac Velazco ist vom Hamburger LKA vorgeladen worden, ist aber zu dem Termin nicht erschienen. (Red.)

Offener Brief an solidarische GenossInnen

Zum 30. Todestag von Comandante Ernesto Che Guevara und zum 8. Jahrestag der „Schlacht der Mühlen“. An die politischen und fortschrittlichen Organisationen der Welt. an die Solidaritätsorganisationen und -bewegungen, an die fortschrittlichen Männer und Frauen der Welt

Liebe GenossInnen, im 30. Jahr nach der Ermordung des Comandante Ernesto Ché Guevara wurde vom Imperialismus ein weiteres Verbrechen begangen: 14 unserer revolutionären Brüder und Schwestern der MRTA, unter ihnen der Comandante Nestor Cerpa Cartolini, wurden umgebracht, um unseren Traum von Gerechtigkeit und Freiheit zu verhindern.

Beim ‚Comandante von Amerika' hat sein physischer Tod nicht verhindert, daß seine revolutionäre Standhaftigkeit, seine Tapferkeit und sein Humanismus sich auf viele Menschen übertragen haben und daß er zu einem Symbol für den Kampf gegen den Neoliberalismus geworden ist.

In diesen Stunden tiefen Schmerzes haben wir auf verschiedene Art und Weise Solidaritätsbekundungen von vielen Männern und Frauen erhalten, die uns sagten, daß der Tod unserer GenossInnen nicht umsonst gewesen sei. Er habe dafür gesorgt, daß der Welt bewußt wurde, daß in Peru ein totalitäres Regime existiert, das mit Staatsterrorismus agiert, Todesschwadronen wie die Gruppe Colina schützt, die Tausende Menschen durch Folter und in außergerichtlichen Hinrichtungen umgebracht hat und nicht zuletzt die Brutalität des neoliberalen Wirtschaftssystems vertuscht: In einem Land, wo 23 Millionen Menschen leben, müssen 13 Millionen in Armut und 7 Millionen in äußerster Armut leben.

Die kämpfenden GenossInnen der MRTA mögen weiterkämpfen, damit die Träume von Gerechtigkeit und Freiheit verwirklicht werden für diejenigen unserer Brüder und Schwestern des Kommandos ‚Edgar Sanchez', die am 22.4.1997 ermordet wurden. Träume von Gerechtigkeit und Freiheit, für die auch 52 unserer Brüder und Schwestern am 28.4.1989 in der ‚Schlacht der Mühlen' ermordet wurden. Nach einem langen Gefecht hatten sie keine Munition mehr – sie waren verletzt und wurden gefangengenommen und noch auf dem Schlachtfeld von der peruanischen Armee hingerichtet.

Zusammen mit unserem Volk werden wir unseren Kampf für eine friedliche Gesellschaft mit sozialer Gerechtigkeit fortsetzen, wo jeder Mann und jede Frau ein Recht auf Arbeit, Erziehung, Gesundheit, Kultur und Freizeit hat.

Eine Gesellschaft, die die Menschenrechte respektiert und in der Frieden das natürliche Ergebnis sozialer Gerechtigkeit ist.

Mit diesen Zeilen möchte ich mich als Repräsentant der MRTA bei allen GenossInnen für ihre Solidarität bedanken, die wir nach dem Mord an Comandante Nestor Cerpa Cartolini und den anderen KämpferInnen des Kommando ‚Edgar Sanchez' erhalten haben.

Comandante Ernesto Ché Guevara anwesend
Comandante Nestor Cerpa Cartolini anwesend
Kommando Edgar Sanchez anwesend
HeldInnen und MärtyrerInnen der Mühlen anwesend

Tupac Amaru lebt und wird siegen.

Mit herzlichen revolutionären Grüßen
Isaac Velazco
Repräsentant der MRTA

Solidarität

Kommunistische Plattform in der PDS
Wir trauern um die ermordeten jungen Genossinnen und Genossen der MRTA – hingerichtet von der Terror-Soldateska des peruanischen Regimes.

Sie widerstanden unter Bedingungen, die auch zu Formen des Kampfes führen, die für hiesige Umstände abzulehnen sind. Was bleibt einem in einem Regime, wo jede Art des Widerstandes mit Folter und Tod bestraft wird, wo die eingekerkerten Genossen in Gefängnissen lebendig begraben sind?

Die MRTA-Kämpferinnen und -Kämpfer haben ihre Geiseln wie Menschen behandelt. Sie wurden abgeschlachtet – wie Vieh.

Gedenken wir ihrer.

Bundeskoordinierungsrat der Kommunistischen Plattform der PDS
(Dieser Text erschien als Anzeige im ND und in der jW

Informationszentrum für freie Völker
Los Tupac Amaru: „Presente"
In einem Akt unvorstellbarer Grausamkeit ermordeten am 22. April in Peru Sondereinheiten der Konterguerilla 14 BefreiungskämpferInnen der Tupac Amaru. Das Massaker war der Schlußpunkt eines seit 127 Tagen andauernden Kapitels des Kampfes des peruanischen Volkes um Gerechtigkeit, Freiheit, demokratie und ein Leben in Würde.

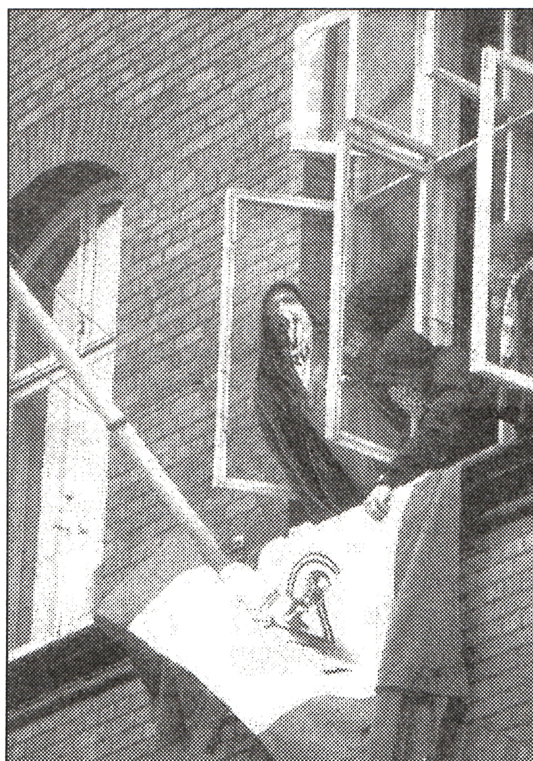
Seit 127 Tagen hatten die Geurillas die japanische Botschaft in Peru besetzt. Von den zunächst über 600 Geiseln hatten sie alle bis auf 72 freigelassen. Die WiderstandskämpferInnen forderten die Freilassung von 400 ihrer unter unmenschlichen Bedingungen eingekerkerten Genossinnen und Genossen.

Bis kurz vor dem Massaker hatte der peruanische Diktator Fujimori die WiderstandskämpferInnen mit Scheinverhandlungen hingehalten. Die Ermordung der 14 BefreiungskämpferInnen in der japanischen Botschaft von Peru ist ein Schlag ins Gesicht aller, die an die Aufrichtigkeit der Verhandlungen Fujimoris geglaubt haben. Sie ist gleichzeitig die Beendigung jeder Hoffnung auf eine friedliche Lösung für das peruanische Volk.

Das Regime in Peru hat erneut sein wahres Gesicht gezeigt. Im Kampf gegen die Unterdrückung und Ausbeutung sind die faschistischen Herrscher und ihre imperialitischen Herren bereit, zu jedem noch so menschenverachtenden Mittel zu greifen, um ihre Herrschaft zu sichern.

Aber die Rechnung der Herrschenden, das peruanische Volk durch die grausame Vernichtung der Befreiungskämpfer einzuschüchtern, wird nicht aufgehen. Die Menschen werden die gefallenen Tupac Amaru, die würdevollen Kinder des Volkes nicht vergessen. Sie werden ihren Kampf weiterführen. Das Massaker hat die Wut des Volkes nur vergrößert. Die faschistischen Herrscher in Peru, die faschistischen und imperialistischen Unterdrücker überall auf der Welt werden lernen, vor der Wut der unterdrückten Völker zu zittern.

Die revolutionären Gefallenen der Tupac Amaru sind unserer Gefallenen!"
Die revolutionären Gefallenen sind unsterblich!
La Lucha sige! Der Kampf geht weiter!
Informationszentrum für freie Völker, Köln, 24.4.97


Besetzung der peruanischen Botschaft in Dänemark

Schlußbemerkung

Es wird zwei Veranstaltungen mit den Müttern der Plaza de Maya aus Argentinien und zwei peruanischen Angehörigen geben:
am 5. oder 7. Juni in Hamburg
und am 8. Juni in Bielefeld.

Die Situation der Gefangenen ist unverändert: Einzelhaft und Isolation.

Die Repression des Fujimori-Regimes weitet sich inzwischen auch auf die Angehörigen aus. Erst in der letzten Woche wurden Rosa Cardenas und Susanna Castro in Lima verhaftet, als sie der Familie eines beim Sturm auf die Botschaft ermordeten MRTA-Mitglieds kondolieren wollten. Rosa Cardenas ist inzwischen wieder auf freiem Fuß. (Red.)

Prozeß gegen Angehörigen Info

Ohne Zweifel für den Maulkorb

Wer behauptet, Wolfgang Grams, mutmaßliches Mitglied der RAF, sei 1993 in Bad Kleinen von Beamten der GSG 9 ermordet worden, macht sich strafbar und begeht eine „Beschimpfung der verfassungsmäßigen Ordnung" der Bundesrepublik, so die Richterin am Amtsgericht Altona, Kathrin Bellinger, in ihrer Urteilsbegründung am 29.4.1997. Deshalb verurteilte sie Christiane Schneider als verantwortliche Redakteurin des *Angehörigen Info* zu einer Geldstrafe von 2 700 Mark (90 Tagessätze à 30 DM). In dem Verfahren ging es um zwei Beiträge im Angehörigen Info, in denen von der „Erschießung", „Hinrichtung" und dem „Mord" an Wolfgang Grams gesprochen wurde. In der mündlichen Urteilsbegründung erklärte Amtsrichterin Bellinger, zwar dürften Medien Zweifel an der offiziellen Selbstmordthese äußern, es dürfe aber nicht behauptet werden, daß es sich um eine „planvolle Tötung" gehandelt habe.

Das Verfahren, ursprünglich von der Bundesanwaltschaft eröffnet und dann an die Staatsanwaltschaft Hamburg abgegeben, war eines von vielen, mit denen die Karlsruher Bundesanwälte bisher gegen verantwortliche Redakteure des Angehörigen Info vorgingen (inzwischen ca. 25 – Red.). In einer verlesenen Erklärung legte Christiane Schneider dar, daß sie , wie dies ihre Pflicht sei, vor der Veröffentlichung die Beiträge geprüft und entschieden habe, daß einer Veröffentlichung nichts im Wege stehe. Sie erklärte auch , daß es für sie kein Zufall sei, wenn in der Vergangenheit immer wieder die Hamburger Staatsanwaltschaft auf Betreiben und nach entsprechendem Druck aus Karlsruhe gegen die presserechtlich Verantwortlichen des Angehörigen Info vorgegangen sei, wenn auch in den meisten Fällen ohne Erfolg. Prozeßbeobachter konnten durchaus den Eindruck gewinnen, daß auch in diesem Fall der Vertreter der Hamburger Staatsanwaltschaft hierbei zwar seine Pflicht erfüllen und den gemachten Vorgaben nachkommen muß, selbst jedoch nicht allzu sehr von der Durchschlagskraft der Vorwürfe überzeugt war. Staatsanwalt Mauruschat hatte die letztlich auch verhängte

Geldstrafe gefordert und in seinem eher schwach begründeten Strafantrag von einer „gezielten und bewußten Verächtlichmachung der Bundesrepublik" gesprochen. In den Beiträgen seien bewußt falsche Tatsachenbehauptungen aufgestellt und ein „Szenario entworfen" worden mit der Absicht, gegen die verfassungsmäßige Ordnung vorzugehen und damit die Bundesrepublik zu beleidigen. Insbesondere sei so nicht nur der Mordvorwurf transportiert, sondern auch behauptet worden, die beteiligten staatlichen Stellen hätten in der Folge an der Vertuschung der tatsächlichen Todesumstände gearbeitet. Auf diese Weise sei „Legendenbildung" und „Propaganda" betrieben worden, was besonders verwerflich sei.

Ganz anders sah dies der Verteidiger von Christiane Schneider, Rechtsanwalt Dr. Joachim Blau. Er führte in seinem Plädoyer aus, auch die Tatsachenbehauptung sei von der grundgesetzlich garantierten Pressefreiheit gedeckt gewesen, da nach der einschlägigen Rechtsprechung nur „leichtfertig erhobene, nachweisbar unwahre Behauptungen" nicht durch das Grundgesetz geschützt seien. Um solche habe es sich jedoch nicht gehandelt, da nicht zuletzt aufgrund medizinischer Gutachten, zahlreicher Fehler und Pannen bei der Ermittlung von Polizei und Staatsanwaltschaft und widersprüchlicher Zeugenaussagen „vernünftige Zweifel" an der offiziellen Selbstmordthese „möglich" seien. Deshalb müsse es erlaubt sein, zu behaupten, Wolfgang Grams sei erschossen worden und habe sich nicht selbst getötet. Hiergegen spreche auch nicht etwa die Einstellung des entsprechenden Ermittlungsverfahrens gegen die am Einsatz beteiligten Beamten der GSG 9, das die kontroverse Diskussion über die Todesumstände zwar juristisch, jedoch nicht generell beenden könne. Da es sich insofern nicht um gezielte, nachweisbar falsche Behauptungen gehandelt habe, liege eine Beleidigung der verfassungsmäßigen Ordnung nicht vor. „Wie ist Wolfgang Grams zu Tode gekommen? Wir wissen es nicht.", so der Jurist in seinen Ausführungen. Und darüber hinaus hätten auch die Verfasser der inkriminierten Beiträge nicht die Absicht gehabt, die Bundesrepublik zu beleidigen. Diese hätten vielmehr ob der bestehenden und möglichen Zweifel eine rechtsstaatliche Aufklärung gefordert und damit den Verfassungsanspruch der Wirklichkeit positiv gegenübergestellt.

Das Gericht folgte jedoch der Anklage, die Richterin erklärte, die Veröffentlichung habe insgesamt dem Zweck gedient, die verfassungsmäßige Ordnung anzugreifen, zumal nicht nur der Mordvorwurf transportiert worden sei, sondern auch behauptet wurde, die zuständigen Stellen wollten dies vertuschen. Wer also Zweifel beim Namen nennt und trotz aller „Pannen" bei der Aufklärung den Verdacht äußert, man habe ein Interesse an der „offiziellen Version", ist nach Ansicht des Gerichts auf den Punkt gebracht ein Staatsfeind, ein Feind der verfassungsmäßigen Ordnung. Dieser Punkt verdient besondere Beachtung, weil es bei ihm nicht etwa nur um Würdigung konkreter Handlungen, sondern um die grundsätzliche Würdigung der Gesinnung der Betroffenen geht. Anders gesagt: Wer wagt, darüber nachzudenken, warum dieser Staat wohl ein absolutes Interesse daran hat, daß nur die offizielle Version die einzig richtige ist, soll dies leise und für sich tun. Wer es dennoch laut oder gar öffentlich tut, muß mit einer Verurteilung rechnen. Sollen auf diese Art und Weise - und der Gedanke, daß hier mit entsprechenden „Weisungen" aus Karlsruhe gearbeitet wurde, liegt ja so fern nicht - sozusagen aus Gründen der Staatsräson auch jene Teile der veröffentlichten Meinung zum Schweigen gebracht werden, die sich in den allgemeinen staatstragenden Konsens nicht einbinden lassen? Wäre das so, müßte man sich die Frage stellen, was man denn da mit aller Macht unter der Decke halten will - aber halt, diese Frage öffentlich zu stellen hieße dann ja vielleicht demnächst, eine Anklage zu riskieren. Vorausgesetzt, man sitzt nicht in der Redaktion von z.B. Focus und hat damit die entsprechende Gesinnung. Eher in einem Nebensatz wurde bei dieser Gelegenheit auch noch deutlich gemacht, daß es nicht nur um die Presse geht: wären die Beiträge nicht im Info veröffentlicht worden, das ja nur eine „begrenzte Leserschaft" habe, sondern z.B. als Flugblätter in der City verteilt worden, dann „wäre die Strafe sehr viel höher ausgefallen", so die Richterin. Es ist leicht, den Gedanken nachzuvollziehen: dann wären vielleicht mehr Menschen mit entsprechenden Zweifeln konfrontiert und vielleicht „infiziert" worden. Und nichts kann man weniger brauchen. (jes)

Kriminalisierung gegen ein Mitglied des Angehörigen Infos

Ein Mitarbeiter von uns, Wolfgang Lettow, hatte zum 29. April eine Vorladung beim LKA Hamburg. Er sollte als Zeuge wegen „Verdachts der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung u.a. gegen Berhard Falk und Michael Steinau u.a." aussagen.

Wolfgang ist zu diesem Termin nicht erschienen. (Red.)

Monika Haas

„Schachzug"

Auch nachdem ihr Haftbefehl aufgehoben worden ist, rechnet die Frankfurterin Monika Haas mit einer Verurteilung wegen Beihilfe an der Entführung der Lufthansa-Maschine „Landshut" im Herbst 1977. Auf einer Veranstaltung in Hamburg sagte sie, sie rechne mit einer Gesamtstrafe von „sieben bis acht Jahren", gehe aber davon aus, daß sie aufgrund ihrer zweieinhalbjährigen Untersuchungshaft „nicht mehr in den Knast" müsse. Das zu erwartende Urteil, „das sie nicht akzeptieren werde", bedeute für sie trotzdem „das existentielle Aus", da sie die aufgelaufenen Prozeßkosten nicht bezahlen könne.

Monika Haas hält die Aufhebung ihres Haftbefehls für einen „wohlkalkulierten Schachzug" des Frankfurter Oberlandesgerichts. Seit ihrer Haftentlassung sei die „öffentliche Resonanz" für das Verfahren „stark gesunken", auch die zu erwartende Verurteilung werde nun „wohl kaum noch wahrgenommen werden". Sie beteuerte erneut, mit dem ihr angelasteten Waffentransport nichts zu tun zu haben, kritisierte die Beweisführung der BAW, der sie vorwarf, „Geschichtsfälschung" zu betreiben.

Auch ein neuer, von der BAW präsentierter Zeuge, der Monika Haas nach eigenen Angaben völlig unbekannte Libanese Kamal S. sei „nicht glaubwürdig". Der von BKA-Beamten Vernommene hatte zuerst behauptet, „vor etwa 20 Jahren" alleine nach Mallorca gereist zu sein, um „einen Brief zu überbringen". Nach mehrtägigem Verhör habe er dann ausgesagt, die Waffen zusammen mit einer Frau überbracht zu haben. Monika Haas hätte er auf ihm vorgelegten Bildern jedoch nicht erkannt.

(Nach einem Artikel in der jW, 6.5.)

Ivan Jelinic

Hungerstreik ausgesetzt

Ich habe den hs. nach 47 tagen am 22.4. ausgesetzt. die solidarität war gut (auch wenn manche post nicht durch- (oder an) kam, die demonstration am 6.4. am knast war eine besonders starke atmosphäre (grüße nach wuppertal, köln, hannover, hamburg, berlin u.a. alle die, die mit den gedanken auch immer da sind).

Körperlich gehts mir wieder ein stückweit besser, an den bedingungen hat sich jedoch nichts verändert (am 25.4. wurde auch die pseudo-lockerung „gemeinsamer hofgang mit 1 mitgef. gestrichen – ohne grund). die ärztliche aufsicht bestand darin, ca. wöchentlich 1x wiegen, eine augenscheinnahme der verfassung in sekunden. außerdem wurde in der ganzen zeit 2 x blutdruck gemessen. die forderung nach abschaffung der weißen folter (isolation) wurde auch in diesem 8. hungerstreik nicht durchgesetzt. ein rückschlag ist das keiner, genauso wie alle anderen streiks und kampfformen nicht zwecklos waren. der kampf gegen die sonderhaftbedingungen und die weiße folter (isolation) ist wichtig und richtig (denn: stille wasser sind zwar tief, aber sie schlagen keine wellen!).

Die politischen gefangenen aus der raf und widerstand (bewegung 2. juni u.a.) haben unzählige hungerstreiks in den über 25 jahren machen müssen, bevor die internationale öffentlichkeit zur kenntnis nehmen

mußte, daß es in der brd politische gefangene gibt. heute auch aus anderen staaten/ländern wie z.b. kurdistan, irland, spanien/katalonien u.a. und bisher ging es in all den kämpfen um nicht weniger als um die erfüllung und wendung der international anerkannten rechtsprechung (genfer konvention / menschenrechte), die auch von der brd anerkannt worden sind.

Im kern hat sich für die politischen gefangenen in der brd seit 25 jahren nichts geändert, die bedingungen der gefangenschaft sind gekennzeichnet mit politischer zensur, abschottung nach außen, isolierung nach innen, manipulation, desinformation, beleidigung, erniedrigung und so weiter – alles mit weißen handschuhen.

Die politischen gefangenen aus der raf und widerstand können offenbar nicht mal stichworte der bedingungen veröffentlichen. die unterschiede sind unwesentlich gering, darum hier noch mal eine darstellung der haftbedingungen in stichworten:

– ausgrenzung vom regelvollzug (abgesondert in separaten sicherheitsstationen und auch dort voneinander einzelisoliert – ohne jeden kontakt zu anderen)
– gefängnisbekleidung (ausnahmen sind evtl. jogginganzug beim sport)
– essensausgabe, kleidertausch, ausgabe von reinigungsmitteln u.ä. erfolgt ausschließlich durch 2 b. (ein b. allein darf die zellentür nicht aufmachen)
– einzelduschen (wird dort eingeschlossen, auch wenn dort kein alarmknopf vorhanden ist, wie z.b. im hs-trakt von straubing in bayern)
– einzelhofgang (überwachung von 2-4 b. / 2 b. im hof, einer am monitor der kameraüberwachung und 1 b. auf dem dach, offensichtlich bewaffnet mit einer maschinenpistole über der schulter)
– einzelbesuch (meist mit trennscheibe, in hannover die französische version, bei er zur begrüßung das händedrücken erlaubt wird, wo man aber dann durch eine plexiglasscheibe im abstand von ca. 2,5 m redet / überwachung durch 2 b.)
– eßbesteck und geschirr aus plastik (auch trinkgefäße)
– kein spiegel (statt dessen eine stahlplatte als ersatz in der wand verschraubt)
– fenster läßt sich nicht öffnen (möglich ist nur eine kippstellung, wobei die seiten mit gelochtem stahlblech zugeschweißt sind) / sichtblenden aus wellglas (meist gefärbt) oder beton oder wie in hannover ein moskitonetz aus vermutlich stahldraht – und statt üblichen gittern sind es betongeflechte!
– heizkörper lassen sich nicht regulieren (entweder zu kalt oder zu warm)
– der schrank hat weder eine rückfront noch eine tür (was ist das?)
– keine nahrungsmittel in der zelle in glas oder blechdosen (generell nicht)
– aktenordner beschränkt auf eine stückzahl von 6 stck. (im bürokratiestaat!)
– 10 bücher, 50 briefe, 10 filzstifte ... und so weiter.

Wenn ich meine haftbedingungen heute mit denen z.b. von holger meins vergleiche (holger war ein gefangener aus der raf, der – soweit ich weiß – infolge eines illegalen krankentransportes zu tode kam, wobei fremdeinwirkung nicht ausgeschlossen ist)*, dann wird klar, eine entwicklung in der justiz hat es nicht gegeben – zumindest nicht im positiven sinne. und falls eine/r auf machtwechsel 1998 setzt, die herrschenden sozialdemokraten/innen sind mit ihrer kompromißpolitik schlimmer – bei den anderen weiß man wenigstens, die vernichtung ist programm.

Ausgesetzt habe ich den hungerstreik deshalb, weil der kampf für die freiheit der politischen gefangenen die solidarität von allen braucht – und bis zu dem tag setze ich aus und werde die o.g. haftbedingungen ertragen. es kann nur noch um die freiheit der politischen gefangenen gehen; real und konsequent. (alles andere ist fuji ...)

5.5.97 ivan

* ***Anmerkung der Redaktion:*** Holger Meins starb nach achtwöchigem Hungerstreik in der Strafanstalt Wittlich an den Folgen der Zwangsernährung und aufgrund fehlener ärztlicher Beobachtung und Versorgung an dem Wochenende, an dem er starb. Gegen die hungerstreikenden Gefangenen aus der RAF wurde die Zwangsernährung eingesetzt, keine medizinische Maßnahme zur Erhaltung von Leben – u.a. ging mit der Zwangsernährung die gezielte Unterernährung einher –, sondern eine schmerzhafte, brutale und entwürdigende Maßnahme zur Brechung von Widerstand. In den 80er Jahren schrieben Ärzte in einem offenen Brief: „Übereinstimmend mit 80 Ärzten aus Holland meinen wir, daß Zwangsernährung als Folter zu betrachten ist. Sie ist in dieser lebensbedrohlichen Situation sogar ein direkter Angriff auf das Leben."



Termine

ZWISCHEN revolte, militanz und revolution BERICHTE

Kongreß in Zürich, in der Roten Fabrik
mit ehemaligen politischen Gefangenen aus Italien, der BRD, dem Baskenland u.a. Ländern

Der Kongreß begann am 15. Wir zeigen Termine der 2. Woche an.

Mittwoch, 21. Mai, 20 Uhr Clubraum
Italien in den 70er Jahren: „Von Brigate Rosse zu den Guerilla Diffusa zu Brigate Rosse"
mit Ada Negroni (ehemals BR), Roberto Silvi (ehem. Controinformazione), ein Vertreter der Autonomia Operaia

Donnerstag, 22. Mai, 20 Uhr Clubraum
„Unterschiedliche Konzepte des bewaffneten Kampfes in Deutschland und Italien"
mit Ada Negroni und Tonino Loris Paroli (ehemals BR), Ermano Gallo und Roberto Silvi (ehemals Controinf. Storico), Knut Folkerts, Roland Mayer, Lutz Taufer und Karl-Heinz Dellwo (ehemals RAF)

Freitag, 23. Mai, 20 Uhr, Clubraum
„Progetto Memoria: Wie kann linke Geschichte vermittelt werden?"

Freitag, 23. Mai, 23 Uhr Clubraum
„Konzert und Disco mit Tempo al Tempo und DJ Gruff"

Samstag, 24. Mai, 19 Uhr Clubraum
„Situation der Gefangenen und Gefangenenprojekte"
mit VertreterInnen aus der BRD, Italien, Euskadi, Frankreich, Belgien, Griechenland und Nordirland

Während der ganzen Reihe wird eine umfangreiche Dokumentation zum Thema militanter Widerstand und bewaffneter Kampf gezeigt, mit Fotos aus 25 Jahren Bewegungsgeschichte, Videos, Dokumentar- und Spielfilmen, Plakaten, Büchern, BekennerInnenschreiben usw.

Veranstalter: Rote Fabrik/Konzeptbüro, Seestr. 395, 8038 Zürich

***

Sonntag, den 25.5., 13.00 Uhr
Berlin: Demo gegen den Abschiebeknast Grünau: „Wer bleiben will, soll bleiben"
Ort: Platz des 23. April, Köpenick,

***

Benno-Ohnesorg-Kongreß in Berlin

Freitag, 30. Mai bis 1. Juni 1997
In der Technischen Universität findet vom 30. Mai bis zum 1. Juni ein Benno-Ohnesorg-Kongreß mit zahlreichen Gästen statt.

Erste Programmübersicht

Freitag, 30. Mai, 17.00 Uhr bis 21.30 Uhr
1. Generaldebatte: a) Wie alles anfing, Film, Zeitzeugen; b) Analyse, Was wir wollten, was wir wurden

Samstag, 31. Mai, 18.00 bis 21.30 Uhr, 2. Generaldebatte: 68, StudentInnenrebellion, APO, damals / heute - eine Bilanz

Sonntag, 1. Juni, 14.00 Uhr bis 17.00 Uhr
3. Generaldebatte: Strategiedebatte, Impulse, Konsequenzen
anschließend Demo: Deutsche Oper

Geplant sind außerdem mindestens 12 Arbeitsgruppen...

Kontakt/Organisation: Zeitschrift Kalaschnikow c/o Roseggerstr. 912043 Berlin Tel. und Fax +49-30-688 52 78

***

Sonntag, 1. Juni, 12.00 Uhr
Büren: Demo gegen die herrschende Flüchtlings-/Asylpolitik am Abschiebeknast Büren Auftakt ist der Abschiebeknast

Samstag, 7. Juni, 15.00 Uhr
Hamburg: Azadi Freiheit Özgürluk – Solidaritätskonzert
Internationales Fest mit kurdischen, tamilischen, deutschen und internationalen Musik- und Tanzgruppen von Folklore bis HipHop zur Unterstützung des Rechtshilfevereins Azadi.
HWP, von Melle Park 9



Freiheit für Róisín McAliskey!

Aufgrund eines Auslieferungsantrages der BRD wird die Irin Róisín McAliskey, die im 9. Monat schwanger und inzwischen durch die Isolationshaftbedingungen schwer krank ist, weiter im Londoner Gefängnis Holloway in Auslieferungshaft festgehalten (siehe verschiedene Angehörigen Infos).

Die 25jährige Róisín, die in Community- und Frauengruppen (Women's Aid and Women's Refuges) aktiv war und die Tochter der auch hier bekannten Bürgerrechtlerin und Sozialistin Bernadette McAliskey ist, wurde am 20. November vergangenen Jahres in Nordirland verhaftet. Kurz darauf beantragte die BRD ihre Auslieferung, weil sie angeblich an dem Angriff der IRA auf eine britische Kaserne in Osnabrück im Juni 96 beteiligt gewesen sein soll. Erst Wochen später und nach ersten juristischen Prozeduren in England behauptete die Bundesanwaltschaft (BAW), daß Róisín nach Photos von einer erkennungsdienstlichen Behandlung aus Nordirland von einem deutschen Zeugen angeblich identifiziert worden sei und daß ihre Fingerabdrücke in einem Ferienhaus in Niedersachsen gefunden worden sein sollen. (Inzwischen sagte dieser Zeuge jedoch in der Sendung „Kontraste" aus, er habe Róisín überhaupt nicht identifiziert.)


Róisín McAliskey mit ihrer Mutter

Trotz haariger angeblicher „Beweislage" wurde der Auslieferungsantrag der BRD-Behörden in allen juristischen Instanzen für zulässig erklärt. Das bedeutet, daß einem Auslieferungsverfahren mit einem vorherzusehenden Ergebnis nichts mehr im Wege steht, wenn nicht das britische Oberhaus die politische Zustimmung verweigert. James Corry, gegen den ebenfalls wegen Osnabrück ein internationaler Haftbefehl lief und der im November verhaftet wurde, kam dagegen im Januar bereits wieder frei. Die BRD hatte zwar für ihn auch einen Auslieferungsantrag gestellt, dieser wurde allerdings von der irischen Justiz abgelehnt. Begründet wurde diese Entscheidung als Reaktion auf den Rechtsgrundsatz der BRD, selbst keine eigenen Staatsangehörigen ins Ausland auszuliefern. Eine entsprechende Haltung der Euro-Skeptiker im Londoner Oberhaus hätte ein Auslieferungsverfahren gegen Róisín erst gar nicht zustande kommen lassen.

Die Kampagne für die Freilassung von Róisín McAliskey hat zu weltweiten Protesten geführt. Allein am internationalen Frauentag gab es Kundgebungen zur Unterstützung von Róisín vor Lufthansa und vor britischen und deutschen Konsulaten in Süd- und Nordirland, in England, Norwegen, Australien und den USA. Seit kurzem wurde in den USA sogar ein Boykott gegen deutsche Waren und Firmen initiiert. Viele Menschenrechtsorganisationen wie z.B. Amnesty International sowie südirische Parlamentarier aus fast allen Parteien und grüne Europaabgeordnete unterstützen die Kampagne. Trotzdem ist Róisín bisher nicht freigelassen worden. Nur ihre Haftbedingungen haben sich minimal verbessert, z.B. in bezug auf die erniedrigenden Strip-Searches, die Nackt-Durchsuchungen, die bei ihr bereits 75mal durchgeführt wurden. Ihre Schwester Deirde McAliskey sagte dazu auf einer Kundgebung in New York am 8. März: „Sie mußte sich nur 75mal vor ihnen nackt durchsuchen lassen, sagen sie, „nur" 75mal entwürdigen. Ich weiß wirklich nicht, welche Gnade sie ihr gewähren, wenn sie jetzt nicht mehr so häufig nackt durchsucht wird."

Aufgrund von Protesten, besonders von Frauen, wurde ihr außerdem endlich zugesagt, ihr Baby nach der Geburt behalten zu dürfen.

Das Interesse der Bundesanwaltschaft, den irischen Befreiungskampf zu kriminalisieren, scheint ungebrochen. Gerade die wiederholte Weigerung der BRD-Behörden, eine schwerkranke schwangere Gefangene auf Kaution freizulassen, demonstriert ihre Haltung, die sie im Zusammenhang mit politischen Prozessen immer wieder bewiesen hat: europaweit die Führungsrolle in der Bekämpfung jedes Widerstandes mit allen Mitteln einzunehmen. Sei es in der BRD selbst, in Kurdistan oder Irland.

Bernadette McAliskey drückt ihre Einschätzung folgendermaßen aus: „Es ist äußerst unfair, warum Róisín als Individuum verhaftet worden ist. Aber es passierte in einer Situation, in der die Polizei in Nordirland es auf junge Frauen mit Computerkenntnissen abgesehen hatte ..." „Terrorismus ist nicht das Problem, wenn die Deutschen nach meiner Tochter schicken. Worum es hier geht, ist nicht Terrorismus. Einerseits geht es hier um ein rassistisches Regime, und andererseits geht es um Angst. Ihre Angst liegt darin, daß sie keine Antwort auf die Kritik der Leute, die sie wählen, haben ..."

Sofortige Freilassung von Róisín McAliskey! Saoirse!
Liebe und Kraft für Róisíns Geburt im Mai!
Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

(Wir entnahmen den Artikel der interim vom 8. Mai)

Interview mit Anwalt Dan Williams

Neuer Prozeß für Abu-Jamal?

Das Neue Deutschland veröffentlichte das folgende Interview mit Dan Williams, einem der Anwälte von Mumia Abu-Jamal.

• *Sie sind hier in Deutschland, um die internationale Unterstützung für den zum Tode verurteilten Journalisten zu reaktivieren. Warum jetzt?*

Weil der Fall einen kritischen Punkt erreicht hat. Der Oberste Gerichtshof von Pennsylvania muß jetzt entscheiden, ob er einem unschuldigen Mann ein neues Verfahren gewährt. Wir müssen diesem Gericht klarmachen, daß die Welt um die Umstände dieses Falles weiß. Nur vor diesem Hintergrund wird das Gericht ehrlich genug sein, die überwältigenden Fakten anzuerkennen, die Abu-Jamals Unschuld beweisen.

• *Wann fällt diese Entscheidung?*
In einigen Monaten, nicht vor dem Herbst. Es müssen unzählige Akten gesichtet werden.

• *Bis dahin ist das Urteil ausgesetzt?*
Solange der Fall beim Obersten Gerichtshof liegt, kann das Todesurteil nicht vollstreckt werden. Bis genau zu dem Moment, da die Entscheidung kommt.

• *Die Rechtslage in den USA erlaubt einem Richter, auf seinen Stuhl zurückzukehren, wenn ein von ihm gefälltes Urteil neu verhandelt wird. Wird Abu-Jamal erneut vor dem Rekordhalter der Todesurteile, Richter Sabo, stehen?*
Nein. Kommt es zu einer Wiederaufnahme, wird ein anderer Richter vorsitzen. Obwohl das amerikanische Procedere die von Ihnen angesprochene Situation im Prinzip möglich macht.

• *Sie haben das amerikanische Rechtssystem als, zumindest auf dem Papier, bestes der Welt bezeichnet.*
Die Todesstrafe ist ohne Frage ein Schandmal unserer Verfassung. Sie beraubt uns eines großen Teils unserer moralischen Glaubwürdigkeit in der Welt. Andererseits haben wir das Geschworenenprinzip, ein, wie ich glaube, immens wichtiger Bestandteil der Menschenrechte: von der Gemeinschaft seiner Mitmenschen gerichtet zu werden. Allerdings wird dieses Prinzip in den USA regelmäßig mißbraucht. Seine praktische Umsetzung pervertiert die ethische Grundlage.

• *Wie ist die öffentliche Meinung zur Todesstrafe zur Zeit?*
Einer unserer besten Juristen, Richter Marshall, hat einmal gesagt, eine informierte Öffentlichkeit würde die Todesstrafe nie billigen. Wir haben eine solche Öffentlichkeit nicht. Folglich ergeben Umfragen eine überwältigende Zustimmung zur Todesstrafe. Doch die Art ihrer Anwendung, ihre Brutalität, stößt zunehmend auf Unverständnis. Ich glaube, die Haltung zur Todesstrafe reflektiert eher die Ängste und Frustrationen der Menschen in ihrem eigenen Leben als eine durchdachte Meinung, wie man mit solchen Konflikten umgehen solle.

• *Im Soundtrack zu dem Film „Dead Man Walking" singt Steve Earle die Zeile: „Seit es die Spritze gibt, kümmert's die Leute nicht mehr so sehr."*
Es gab den Vorschlag, für die Hinrichtungsszene den elektrischen Stuhl zu verwenden, um dem Filmpublikum die Brutalität der Exekution deutlicher zu machen. Doch die Regie entschied sich, wahrheitsgetreu bei der Injektion zu bleiben, und zeigte so, daß die geradezu klinische Sauberkeit der Todesstrafe nichts von ihrer Unmenschlichkeit nehmen kann. Wir haben nicht die Brutalität der Todesstrafe zu fürchten, sondern das juristisch sanktionierte Töten.

Hintergründe zur aktuellen Auseinandersetzung im Baskenland

„Demokratische Alternative" – Geschichte und Aktualität

Die Verschärfung des Konflikts im Baskenland liegen verschiedene Faktoren zugrunde, von denen wir hier einige aufführen wollen. Die aktuellen Auseinandersetzungen finden in einer Phase statt, die zwei Jahre nach der Veröffentlichung der „Demokratischen Alternative" durch ETA liegt. Auf Seiten der baskischen Linken finden sich abertzale (d.h. baskisch-nationalistische, sozialistische) Linke und autonome Linke. Auf Seiten des spanischen Staaten befinden sich die staatlichen Institutionen und Organe, einschließlich nationale B., baskische B. und Guardia Civil und die reaktionären Teile der baskischen Bevölkerung, wenn auch nicht immer ohne Widersprüche.

✰ Mit der Einführung des neuen codigo penal, dem neuen *Strafgesetzbuch* (im Dezember vergangenen Jahres), in Anpassung an die europäische Vereinheitlichung von Repressionsmaßnahmen, wurden sowohl für den Strafvollzug als auch für das gesamte Strafrecht Verschärfungen eingeführt. In bezug auf die Räumung besetzter Häuser beispielsweise wurde erlassen, daß diese auch ohne Räumungsantrag der EigentümerInnen geräumt werden können. In diesem Jahr wurden in vielen verschiedenen Städten trotz massiven Widerstands z.T. seit vielen Jahren besetzte Häuser/Projekte von B. brutal geräumt. Dies gilt vor allem auch für Katalonien. Viele vorläufige Festnahmen und eine massive Pressekampagne gegen den katalanischen politischen Strafverteidiger Francese Aamau in Barcelona waren eine Folge der Räumungen. Aber auch Protest und Widerstand haben sich formiert, die in Solidaritätsbekundungen von NachbarInnen mit den BesetzerInnen, breiten Demos sowie zeitweisen Neubesetzungen ihren Ausdruck fanden.

✰ Trotz der Widersprüche, die zwischen den einzelnen Teilen der *Totalverweigererkampagne* existieren, hat die Kampagne in den letzten Jahren große Erfolge erzielt. Die Widersprüche sind zurückzuführen auf die unterschiedlichen Motivationen zur Verweigerung (aus Gewissensgründen, aus einer antimilitaristischen Haltung, aus Gründen der Ablehnung der spanischen Armee als Besatzungsmacht). Die Mobilisierung zur Kampagne sowie die große Anzahl der Betroffenen und Verfolgten, von Verhaftung und Knast bedrohten Jugendlichen hat die politischen und sozialen Kämpfe in den letzten Jahren entscheidend mitgeprägt.

✰ Gegen die *Umweltzerstörungspolitik* der spanischen Regierung, eingeleitet durch die PSOE und von der PP fortgesetzt, hat sich ein breiter Widerstand formiert. Während es in den letzten Jahren immer wieder große Demos gegen das Autobahnprojekt durch das Baskenland oder gegen AKWs gab, haben die solidarios, mit vielen kreativen und spektakulären Protest- und Sabotageaktionen, im vergangenen Jahr gegen das Staudammprojekt von Itoiz einen wichtigen Beitrag zur Mobilisierung geleistet. Die spektakulärste Aktion war die Durchtrennung der Stahlleitungen für den Rohstofftransport auf dem Baugelände, das sich inmitten eines Naturschutzgebietes befindet, die zur Verhaftung aller beteiligten solidarios führte, die inzwischen freigelassen sind und aufgrund einer breiten Mobilisierung und Solidarität lediglich mit einer geringen Geldstrafe sanktioniert wurden.

✰ Die Solidarität mit den sich seit Dezember 1995 im Kampf um ihre *Zusammenlegung* (ZL) im Baskenland befindenden baskischen politischen Gefangenen führte immer wieder zu großen Solidaritätskundgebungen, zu Straßenschlachten mit den B., zu Auseinandersetzungen an den Unis in vielen großen Städten des Baskenlandes.

Viele internationale Soli-Aktivitäten, wie zuletzt am 18.4.97 Kundgebungen und Ankettungen vor den Botschaften/Konsulaten in Amsterdam, Brüssel, Lissabon, Hamburg und Rom unter dem Motto „Freiheit für das Baskenland" sind Ausdruck internationaler Solidarität mit dem Kampf der Gefangenen zur Erfüllung ihrer Forderungen nach ZL im Baskenland und Freilassung nach Absitzen von ¾ der Haft.

Die Situation der Gefangenen, die im ganzen spanischen Staat und in Frankreich zerstreut sind, konnte bislang immer wieder dazu führen, daß Gefangene gefoltert oder ermordet wurden bzw. sich in der Situation der Isolationsfolter selbst getötet haben. Im Angehörigen Info Nr. 193 wird der Fall von Katxue beschrieben, der im Februar an den Händen gefesselt in der Zelle erhängt auf-

gefunden wurde. Die offizielle Version „Selbstmord" läßt große Zweifel aufkommen, zumal die Schließer des Knastes vorher gedroht hatten, daß sie die Gefangenen bestrafen würden, falls ihr seit über einem Jahr von ETA entführter Kollege Ortega Lara nicht freikäme. (...)

☆ Die *Auslieferung* von ETA-Militanten bzw. angeblichen ETA-Mitgliedern oder UnterstützerInnen vorwiegend aus Frankreich, aber auch aus den Ländern Amerikas oder der BRD wie Benjamin Ramos Vega, deren Überstellung an die Guardia Civil, wobei die Gefangenen in der Regel systematisch gefoltert werden, bevor sie einen Haftrichter zu sehen bekommen, stößt ebenfalls immer wieder auf breite Mobilisierung und führt beispielsweise zu Angriffen gegen das französische und deutsche Kapital.

(...)

☆ Die Auseinandersetzung um die Alternativa Democrática (AD), Demokratische Alternative, einer Erweiterung der Alternative KAS. Die AD wurde am 26.4.95 von ETA als Vorschläge für die Lösung des Konfliktes im Baskenland eingebracht. (siehe Kasten)

Als Mitglieder von Herri Batasuna (HB) den Vorschlag der Alternative Democrática in Form der Ausstrahlung eines Videos im Wahlkampf vorstellten, in welchem Militanten von ETA die AD erläuterten wurde ihnen „Zusammenarbeit mit einer bewaffneten Bande" vorgeworfen. 25 Führungsmitglieder der Mesa Nacional von HB erhielten Vorladungen und wurden, nachdem sie diesen nicht nachkamen, verhaftet. Am Tag seiner bevorstehenden Verhaftung im Februar diesen Jahres wurde das HB-Mitglied Txo tot aufgefunden (s. auch *Angehörigen Info* 193). Durch Protestaktionen, Demos (auf einer wurde von den B. scharf geschossen) und internationale Soliaktionen wurden die Mitglieder von HB Mitte April auf Kaution von 6 000 DM pro Person (zunächst waren 60 000 DM angesetzt) freigelassen. In den vier Hauptstädten des südlichen Baskenlandes (Hegoalde) wurden Begrüßungsdemonstrationen für die Freigelassenen organisiert, die gleichzeitig eine Initiative für das Voranschreiten der AD und für die Erfüllung der Forderungen der Gefangenen wurden. Insgesamt beteiligten sich über 6 000 Menschen an den Aktionen.

Die Forderung nach Verhandlung und Lösung des Konfliktes im Baskenland unter Vorbedingungen wird also mit der Kriminalisierung, Verfolgung und Verhaftung seitens des Staates beantwortet.

Aktuelle Situation

Für ein Voranschreiten der Alternativa Democrática (AD)

ETA schloß sich dem für den 26.4.97 anberaumten Aktionstag an und rief zur Teilnahme auf. Der zweite Jahrestag der Vorstellung des AD sollte genutzt werden, um den Vorschlag weiter voranzubringen. Über

Demokratische Alternative für das Baskenland im Wortlaut

☆ Der grundsätzliche Vorschlag für die politische Verhandlung, welcher der Aktualisierung der „Alternative KAS" entspringt, die „Demokratische Alternative für das Baskenland", enthält zwei verschiedene Rahmen von Verhandlungen: zum einen zwischen ETA und dem spanischen Staat; zum anderen den, welcher alle EinwohnerInnen des Baskenlandes betrifft, mittels eines uneingeschränkten demokratisches Prozesses mit der Kompetenz, zwischen allen Optionen zu wählen.

☆ Das Ziel der politischen Verhandlung zwischen ETA und dem spanischen Staat ist es, die Anerkennung des Baskenlandes zu erreichen. Das ist unumgänglich, um einen wirklich demokratischen Prozeß zu gewährleisten. Die endgültige Beschlußfassung steht jedoch nur und in nichtdelegierbarer Weise der baskischen Gesellschaft zu.

☆ Dieser von ETA präsentierte Vorschlag für die politische Verhandlung, um den aktuellen Stand der Konfrontation zwischen dem Baskenland und dem spanischen Staat zu überwinden, ist ein Instrument, das der baskischen Gesellschaft zur Verfügung steht.

☆ In dem Maße, wie die neugeschaffenen Bedingungen und demokratischen Mittel voranschreiten, wird ETA ihre Aktivität der neuen Situation in diesem Konflikt anpassen, ohne auf ihre politischen Ziele, die Unabhängigkeit des Baskenlandes und des Kampfes zugunsten einer Gesellschaft der sozialen Gerechtigkeit, zu verzichten.

☆ In dem Maße, wie dieser Vorschlag verbindlich aufgegriffen und entwickelt wird, wird eine Überwindung des bewaffneten Konflikts zwischen dem Baskenland und dem spanischen Staat erreichbar sein.

Betreffend das Abkommen zwischen ETA und dem spanischen Staat

Wenn der spanische Staat die vorgeschlagenen Punkte zur Einleitung eines demokratischen Prozesse im Baskenland akzeptieren wird, wird ETA einen Waffenstillstand ankündigen.

Die Anerkennung des Baskenlandes. Die Anerkennung des Rechtes auf Selbstbestimmung und territoriale Einheit.

☆ Das Recht auf Selbstbestimmung ist keine politische Position, sondern ein demokratisches Recht, das uns als Volk zusteht. Auch wenn die Entscheidung darüber, wann, wie und wohin dieses Recht sich entwickeln wird, nur die baskische Gesellschaft zu treffen hat, muß die Anerkennung dieses Rechts zugesichert werden. Dies ist unabdingbar, damit das Baskenland in absoluter Freiheit seine Zukunft selbst bestimmen kann.

☆ Die Anerkennung des Baskenlandes verlangt nach der Überwindung der aktuellen territorialen Teilung, nach der Akzeptanz der territorialen Einheit und der Aufhebung der institutionellen Grenzen. Wie sich diese territoriale Einheit konkretisieren läßt und wie sich das Baskenland strukturiert, wird die souveräne Entscheidung des Baskenlandes sein.

Die Respektierung des Ergebnisses des demokratischen Prozesses, welcher sich im Baskenland eröffnen wird.

☆ Dem Wort des Volkes kann man keine Grenzen setzen. Daher muß der spanischen Staat einwilligen, die Entwicklung und die Resultate dieses demokratischen Prozesses zu respektieren, wie auch immer sie aussehen werden.

☆ Um den demokratischen Prozeß in Gang zu bringen, muß als Mindestvoraussetzung gelten, daß alle EinwohnerInnen des Baskenlandes ohne irgendwelche Zwänge an ihm teilnehmen können. Daher ist für diesen demokratischen Prozeß eine Generalamnestie unerläßlich, die die Freilassung aller Gefangenen und die Rückkehr aller Flüchtlinge ermöglicht.

☆ Ebenso unerläßlich ist es, Vorkehrungen zu treffen, damit die spanischen Streitkräfte diesen Prozeß nicht beeinflussen.

Betreffend die Debatte und Übereinkunft innerhalb der Bevölkerung des Baskenlandes

☆ An dem demokratischen Prozeß, welcher sich gestalten muß, um über die Fragen zu entscheiden, die ausschließlich den BewohnerInnen des Baskenlandes zusteht zu treffen, müssen Gewerkschaften, Vereinigungen, soziale Bewegungen, Parteien, Institutionen und letztendlich die gesamte Gesellschaft beteiligt sein. Sie müssen die für sie angemessenen Optionen und Rahmen der Diskussion und Übereinkunft festlegen.

☆ Im Laufe des Prozesses müssen mindestens folgende Themen konkretisiert werden: die Entwicklung des Rechtes auf Selbstbestimmung (Ausformulierung, Methodik, Optionen, Fristen ...); die Formulierung und der Prozeß der Herstellung der territorialen Einheit; die Beziehungen im gesamten Baskenland; die Kompetenzen der sich ohne begrenzende Vorgaben neugebildeten institutionellen Organisation; die Planung für die baskischsprachige Alphabetisierung des Baskenlandes; das sozioökonomische Modell und seine Planung; die Entmilitarisierung des Baskenlandes (die Rolle des Militärs, einschließlich dessen Abschaffung, sowie die Zusammensetzung und den Charakter der Polizeikräfte betreffend), die Rechte auf Bildung, die demokratischen Freiheiten ..."

(Der 2. Teil des Dokuments wird evt. im nächsten Angehörigen Info veröffentlicht. Es ist das zusammen mit der „Demokratischen Alternative" veröffentlichte „Manifest von ETA an das Baskenland" vom 20.4.1995, welches diese Initiative in ihren historischen Zusammenhang stellt und die darin genannten Punkte erläutert und konkretisiert. Beide Texte können bei uns auf deutsch, baskisch, spanisch und französisch angefordert werden.)

die Beteiligung am Aktionstag liegen uns noch keine direkten, verläßlichen Informationen vor.

Zweifel an der offiziellen elbstmordversion des ETA-Militanten Josu Zabal „Basajaun"

Der am 27.3.97 erschossen aufgefundene Militanten von ETA Josu Zabala (Basajaun) hat nach offiziellen Angaben Selbstmord begangen. Die B. erklärten die fehlenden Fingerabdrücke an seiner Waffe mit Oxidationserscheinungen. Da Basajaun jedoch nur einen Tag in dem Gebiet bei Itziar tot gelegen hatte (und mit ihm die Waffe), ist diese Erklärung für fehlende Fingerabdrücke nicht nur eine dünne Erklärung, sondern auch das Eingeständnis dafür, daß diese offizielle Version nicht stimmen kann.

ETA erklärt dazu in einem Kommuniqué, die offizielle Selbstmordversion sei aus mehreren Gründen unglaubwürdig. Die Begründung der fehlenden Fingerabdrücke auf der Tatwaffe aufgrund der angeblichen Oxidationserscheinungen wird zurückgewiesen. Ferner sei das Verschwinden Basajauns ein Hinweis dafür, daß er in die Hände der B. geraten sei, und nur „die wissen, was sie mit ihm gemacht haben". Die Spur Basajauns verliert sich am 23.3.97, als er zum letzten Mal im Zentrum von Bilbo gesehen wurde. ETA ging zunächst davon aus, daß er geflüchtet sei, da er sich entdeckt glaubte, nachdem über eine Verhaftung nichts bekannt wurde.

Verhaftung von Fritz Gary Siemund in Wiesbaden

(Die folgenden Angaben sind nur aus Artikeln aus der spanischen und deutschen offiziellen Presse.) Als sich am 12.4. in einer Madrider Wohnung eine kleine Explosion ereignete und nach offiziellen B.-Angaben ein Waffenlager von ETA in einer konspirativen Wohnung entdeckt worden war, konzentrierten sich die Ermittlungen schon bald auf das Kommando Madrid von ETA und auf zwei Deutsche, die in der ersten Version der Verlautbarungen diesem Kommando angehört haben sollten. Als Beweise dienten ein angeblicher Fingerabdruck und das Anmieten der Wohnung durch Fritz G. Siemund. Angeblich in einem blauen Auto geflüchtet seien 4-5 Personen, darunter er und Renate Heike Schubbert.

Nachdem Fritz G. Siemund am 15.4. in Wiesbaden festgenommen wurde und ZeugInnen unabhängig voneinander bestätigten, ihn in den vergangenen Tagen noch in Wiesbaden und Umgebung gesehen zu haben (wie auch Renate Schubbert noch am 10.4. dort gesehen wurde), war klar, daß die erste Version, samt ihren spekulativen Jonglierversuchen von Mitgliedschaft der beiden Deutschen „in einer von der RAF abgespaltenen Gruppe", „Ausländische Söldner für ETA" bis hin zur Flucht von Madrid übers Baskenland in die BRD, sich in Luft auflösen mußten. Im Gegensatz zur massiven Pressekampagne im spanischen Staat stand die verhängte Nachrichtensperre in der BRD. Mit dem Ziel, durch Des- bzw. Nichtinformation die zweite Gesuchte festnehmen zu können, wurde eine Nachrichtensperre erlassen, und die spanischen „Behörden" wurden von BRD-Institutionen wegen ihrer ausführlichen Informationsstrategie scharf gerügt. Obwohl die Zusammenarbeit zwischen spanischen und deutschen B. wieder einmal lobend herausgehoben wurde (bereits kurz nach der Festnahme reisten spanischen Repressionsbeamte nach Wiesbaden und umgekehrt), zeigte sich doch ein unterschiedlicher Umgang mit den Informationen. Während in der BRD nichts weitergegeben wurde, war im spanischen Staat bereits die Desinformationskampagne in vollem Gange, wenngleich dies nur zwei Seiten derselben Medaille sind, die Aufstandsbekämpfung und Repression heißt. Wieviel bzw. wie wenig die staatlichen Institutionen tatsächlich wissen, wurde dabei auf eindrückliche Weise offensichtlich. Die erste Darstellung, 4-5 Personen, darunter die beiden Deutschen, wären Richtung Baskenland geflüchtet, stammte von einem Guardia-Civil-Posten in La Rioja, der ein Auto mit deutschem Kennzeichen in seinem Dorf registriert hatte.

All das ist für die „deutschen Behörden" Grund genug, Fritz G. Siemund zu verhaften. Beim ersten Haftprüfungstermin am 9.5. wurde seine Freilassung abgelehnt, die Anklage wegen Verstoßes gegen das Kriegswaffenkontrollgesetz und Vorbereitung einer Sprengstoffexplosion wurde um Urkundenfälschung erweitert, da bei der Durchsuchung seiner Wiesbadener Wohnung angeblich gefälschte Papiere gefunden wurden.

Da Fritz G. Siemund als deutscher Staatsbürger (noch) nicht an den spanischen Staat ausgeliefert werden kann (eine Novellierung des Grundgesetzes, damit die BRD – wie letztes Jahr im neuen EU-Auslieferungabkommen vereinbart – eigene Staatsangehörige an andere Staaten ausliefern kann, ist in Arbeit), soll ihm hier wegen der o.g. Punkte der Prozeß gemacht werden. Wegen Unterstützung bzw. Mitgliedschaft in einer „bewaffneten Bande / terroristischen Vereinigung" kann er hier nicht angeklagt werden, da ETA keine in der BRD aktive Organisation ist. Der spanische Sondergerichtshof hat angekündigt, er wolle ihn hier in der BRD vernehmen.

Währenddessen wird immer wieder lanciert, daß es „eine ganze Reihe von Helfern" für ETA in der BRD gebe (FR vom 10.5.). Die Verhaftung von Petra Elser letzten November in Frankreich sowie die Beziehung des angeblichen ETA-Unterstützers Benjamin Ramos Vega zu einer Deutschen werden als Belege dazu herangezogen (El País vom 13.4., Spiegel vom 21.4.), aber auch Behauptungen, daß deutsche StudentInnen oder TeilnehmerInnen an baskischen Zeltlagern nach ihrer Rückkehr unterstützend aktiv gewesen seien (FAZ v. 14.4.). Richtig ist sicherlich, daß die solidarischen Verbindungen und Gefühle zwischen Sektoren der BRD-Linken und dem baskischen Unabhängigkeitskampf zahlreich sind. Die Versuche, internationalistische Solidarität zu kriminalisieren, weisen wir aufs Schärfste zurück!

Freilassung von Milagros Caballero und Juan Manuel Pérez Hernández, ehemalige Gefangene aus der GRAPO

Wir freuen uns über die Freilassung von Milagros Caballero und Juan Manuel Pérez Hernández Ende März / Anfang April. Beide Gefangene aus der GRAPO waren nach dem über 14monatigen Hungerstreik (HS) 1989-91 schwer erkrankt. Die Forderung nach der Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und nach Absitzen von 3/4 der Haft sowie die ZL waren weiter Bestandteil der Kämpfe der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r), wie z.B. dem HS im Januar 1996. Dieser HS wurde unterbrochen, nachdem der Staat die Erfüllung dieser Forderungen zugesichert hatte, jedoch wurden bisher nur diese zwei haftunfähigen Gefangenen freigelassen. Es gibt noch wesentlich mehr. Der Staat nutzte die Freilassung der Gefangenen zur Propaganda, dies sei das Ergebnis von Verhandlungen mit den Gefangenen aus GRAPO und PCE(r) im Knast Sevilla II, die zur Auflösung von GRAPO führen sollten. Dort sind momentan ca. 11 Gefangene, die sich untereinander zu Gesprächen treffen können. Milagros Caballero sagte in einem Interview nach ihrer Freilassung. „Der Staat hat mich zum Tauschobjekt gemacht." Weiter bezeichnet sie ihre Freilassung als das Ergebnis der Kämpfe der Gefangenen und des Drucks der UnterstützerInnen. Milagros hält fest, daß die Vorbedingungen für Verhandlungen mit dem spanischen Staat die Abschaffung des Anti-Terrorismus-Gesetzes, die Abschaffung der Audienca Nacional (des Sondergerichtes), die Einstellung der Repression sowie Verbesserungen der Lebensbedingungen der ArbeiterInnenklasse sind. Über die Frage der Verhandlungen gibt es widersprüchliche Angaben; eventuell gelingt es uns, das im nächsten Angehörigen Info zu behandeln.

Freiheit für alle politischen Gefangenen
Freiheit für Euskal Herria und alle unterdrückten Völker!
Hoch die internationale Solidarität!

Am 22. Mai hat ***Benjamin Ramos*** Geburtstag. Seit seiner Auslieferung aus der BRD ist er in der Nähe von Madrid inhaftiert. Sein Prozeß wird hinausgezögert, während sich sein Gesundheitszustand in der Haft sehr verschlechtert hat. Viele der Tandem-Postkarten aus der Soli-Aktion sind bei ihm angekommen, und er freut sich über die Solidarität und Unterstützung. Schreibt ihm, zum Geburtstag oder einfach so:

Benjamin Ramos Vega, Alcalá Meco, Carretera de Meco km 5, E – 28800 Alcalá de Henares

Internationalistische StudentInnen, c/o AStA Uni Bremen, Postfach 330 440, 28334 Bremen

Aufruf zur Unterstützung der Samstagsmütter

gegen das Verschwindenlassen durch staatliche Organe vom 17. Mai bis 31. Mai

Die „Samstagsmütter von Istanbul" führen wöchentlich nunmehr zum 100. Mal Protest-Sitzaktionen gegen das Verschwindenlassen ihrer Kinder in Galatasaray durch. Trotz Verfolgung, Festnahmen und Folter geben die Mütter ihren Widerstand und ihre Forderung nach Bestrafung der Täter nicht auf. (...)

Das „Verschwindenlassen" Oppositioneller ist eine staatliche Unterdrückungs- und Einschüchterungsmethode, die insbesondere in faschistischen und totalitären Staaten praktiziert wird. Beispiele finden sich heutzutage in Kolumbien, Guatemala, Sri Lanka, Philippinen, Iran, Zaire und insbesondere in der Türkei und Kurdistan. In diesen Ländern werden Menschen, die sich für Meinungsfreiheit, Demokratie und für ein menschenwürdiges Leben einsetzen, verschwunden gelassen, extralegal hingerichtet, gefoltert und vertrieben. Das Verschwindenlassen bedeutet ebenso wie Folter und Hinrichtung die physische Vernichtung des politischen Gegners. Gleichzeitig zielt das Verschwindenlassen auf die Angehörigen und politischen Freunde, deren Widerstand gebrochen werden soll.

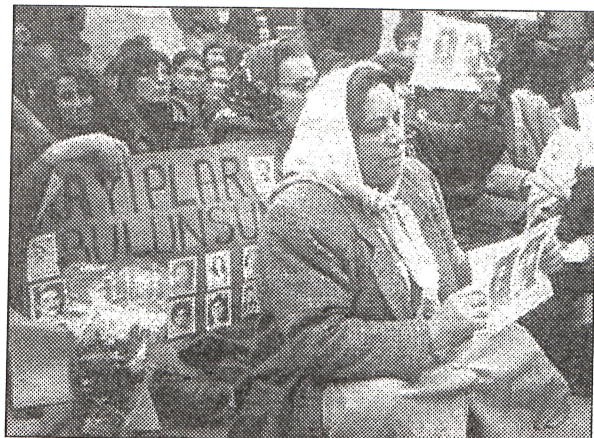
Seit 1990 nimmt die Zahl der verschwundenen Systemkritiker nach offiziellen Angaben der Menschenrechtsvereine in der Türkei ständig zu. Selbst der damalige Menschenrechtsminister Azimet Köylüoglu bestätigte, daß 1995 327 Oppositionelle durch staatliche oder staatlich unterstützte Organe verschwunden gelassen wurden. Trotzdem wird das Thema in der Öffentlichkeit immer noch totgeschwiegen. Diese Methode des Verschwindenlassen von Systemkritikern ist kein nationales türkisches Problem, sondern findet sich überall dort, wo die Bevölkerung Widerstand gegen die ungerechten ökonomischen und politischen Verhältnisse leistet. Dies hat der 1. internationale Kongreß gegen das Verschwindenlassen von Systemkritikern im Mai 1996 in Istanbul deutlich gezeigt. Aus dem Kongreß hat sich der Verein ICAD –International Committee against Disappearances gegründet.

Die Kongreßteilnehmer haben u.a. beschlossen, daß in der Zeit vom 17. bis 31. Mai eines jeden Jahres Aktionen gegen das Verschwindenlassen durch staatliche Organe auf internationaler Ebene durchgeführt werden. ICAD Sektion Deutschland wird in diesem Jahr u.a. eine Delegation nach Istanbul entsenden, um dort die Forderungen der Samstagsmütter zu unterstützen. ICAD wird das Verschwindenlassen von Systemkritikern öffentlich machen, die Bekanntgabe des Verbleibs der Verschwundenen sowie die Bestrafung der Täter verlangen. ICAD wird ferner vom 11. bis 13. Juni 1997 den 2. internationalen Kongreß in Bogotà/Kolumbien durchführen, um das Thema weltweit öffentlich zu machen und gegen das Verschwindenlassen Widerstand zu leisten.

ICAD Sektion Deutschland

Der 2. Internationale Kongreß gegen das Verschwindenlassen findet in Kolumbien vom 11.-13. Juli 1997 statt. ICAD ruft alle interessierten Organisationen, Vereine, Einzelpersonen auf, an dem 2. Internationalen Kongreß teilzunehmen

ICAD, Sektion Deutschland, Antwerpener Str. 8-12, 50672 Köln



Nachrichten aus der Türkei

Erzurum: Hungerstreik erfolgreich

Nach der Vermittlung durch eine Delegation von Vertretern aus IHD, CHD, TOHAV und der Istanbuler Anwaltskammer kam es am 41. Tag des Hungerstreiks zu einer Einigung. Die Forderungen der Gefangenen wurden durch gesetzt. Das waren: Keine Mißhandlungen von Besuchern oder Inhaftierten, kein Verbot legal erscheinender Zeitungen in den beiden Gefängnissen, Versorgung durch die Angehörigen wird unmittelbar an die Gefangenen ausgehändigt, u.a. Die Hungerstreiks in beiden Gefängnissen von Erzurum wurden danach beendet.

Andere Hungerstreiks gehen weiter

In den Gefängnissen von Trabzon und Ordu gehen die Verhandlungen einer Delegation von IHD, CHD, ÖDP weiter. Der Hungerstreik der 43 PKK-Mitglieder dauert seit dem 3.4. Gölbasi/Adiyaman. 6 Inhaftierte begannen einen abwechselnden 3-tägigen Hungerstreik, in einer Erklärung verurteilten sie den Überfall von Soldaten und Wärtern auf die inhaftierten Frauen im Gefängnis Sivas.

Elazig. Die Frauenkomission der HADEP Elazig verurteilte die Rechtsverletzungen und die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Gefangenen in den Gefängnissen am Schwarzen Meer. In einer schriftlichen Erklärung der Vorsitzenden der Komission, N. Yilmaz, wird gegen den Angriff im Gefängnis Sivas protestiert und der Rücktritt des untätigen Justizminister Kazan gefordert. Im Gefängnis Elazig haben die inhaftierten politischen Gefangenen am 28.4. einen abwechselnden, jeweils 5-tägigen Hungerstreik begonnen. Sie protestieren damit gegen die Übergriffe der Wärter in Elazig und unterstützen auch die Proteste der Gefangenen in den anderen Gefängnissen. Zeitungen werden ihnen nicht ausgehändigt, von den Angehörigen erhaltene Unterstützung wird unbrauchbar gemacht. Häftlinge, die aus Diyarbakir nach Elazig verlegt wurden, wurden tagelang in Einzelzellen festgehalten und gefoltert. Die Angehörigen baten den IHD und andere Organisationen um Unterstützung.

Elbistan. Zur Unterstützung der anderen Hungerstreiks begannen die Inhaftierten in Elbistan am 2.5. einen 3-tägigen Hungerstreik. Für die in einem PKK-Prozeß verurteilten Inhaftierten gaben M. Akdogan und S. Aslan eine Erklärung ab. Sie werden bis zur Lösung der Probleme in den anderen Hungerstreiks die Gerichtstermine boykottieren. Außerdem rufen sie zur Unterstützung von 3 kranken Inhaftierten auf, denen die medizinische Behandlung verweigert wird.

Trabzon: Hungerstreik erfolgreich beendet

Nach langen Verhandlungen einer Delegation von IHD, CHD und ÖDP-Verantwortlichen mit Gefängnisleitung und Inhaftierten konnten die Forderungen der Gefangenen durchgesetzt werden. Die Verhandlungen wegen des Hungerstreiks im Gefängnis Ordu dauern an.

Sivas: Andauernde Angriffe auf die Gefangenen

Eine Untersuchungskommission von IHD und HADEP hat jetzt einen Bericht über die Situation der inhaftierten Frauen im Gefängnis Sivas vorgelegt. Durch einen Überfall auf die Inhaftierten, an dem sich auch der Direktor es Gefängnisses beteiligte, wurden mindestens 13 Frauen verletzt; vor llem an Kopf, Armen und Oberkörper. Für 13 Frauen wird eine ärztliche ehandlung im Krankenhaus unmöglich, weil ständig Soldaten anwesend sind. Im Bericht der Untersuchungskommission wird weiter festgehalten, daß Zeitungen, Zeitschriften und Pakete der Angehörigen den Gefangenen nicht ausgehändigt werden; Besucher (Familienangehörige) werden nach den Besuchen festgenommen. Der Solidaritätsverein der Angehörigen von Gefangenen, Zweigstelle Mersin, verurteilte in einer Erklärung die Angriffe im Gefängnis Sivas.

Open up!

Solidarität statt EU
Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D)

Über Grenzen reden die EU-Verantwortlichen viel. Weniger aber reden sie davon, was genau mit diesen Grenzen passiert und wie unterschiedlich sie gehandhabt werden. So gilt die Öffnung der Grenzen hauptsächlich Kapitalströmen. Für Menschen aber, vornehmlich aus Nicht-EU-Staaten, werden die Grenzen nicht geöffnet. Zusätzlich finden sie sich in Bahnhöfen, Flughäfen und Gemeindeinstanzen. Polizei und Justiz dagegen gehen ungehindert über alle Grenzen hinweg. So weit sogar, daß das „Öffnen der Grenzen“ umgesetzt wurde in deutsches „Öffnen“ von niederländischen Türen … (…)

Gegen die 3. Säule der EU

Für die Menschen, die keinen EU-Paß besitzen, werden die Grenzen immer schärfer gezogen. Nicht nur an sog. „Außengrenzen“ der Festung Europa wird eine militärische Abschreckungsmaschinerie aufgebaut. Auch in Flughäfen und auf Meeren außerhalb der EU wird schon patrouilliert. Es wird alles getan zu verhindern, daß Menschen nach EUropa flüchten. Nicht durch eine gerechtere Verteilung des Reichtums, sondern durch militärisch-diplomatisches Eingreifen.

Innerhalb der EU werden die Grenzen an anderen Orten aufgebaut. Sie finden sich in Bahnhöfen, in Innenstädten und innerhalb der Bürokratie. Razzien, Illegalisierung und menschenverachtende Arbeits-, Wohn- und Gesundheitsbedingungen breiten sich aus. So findet eine lebensgefährliche Ausschließung von sozialer und medizinischer Versorgung statt.

Um diese Pläne durchzusetzen, werden die Grenzen der sogenannten „Inneren Sicherheit“ immer weiter ausgedehnt und Justiz- und Polizeibefugnissen weiter ausgebaut. Datenbanken, Computer und Kameras erlauben eine immer lückenlosere Erfassung, eine großeuropäische Überwachungsgesellschaft, die jeden Bruch mit der Norm gnadenlos aufspüren soll.

Deutsche Polizei vor niederländischen Türen

Mit den zur Zeit in Arbeit befindlichen neuen Auslieferungsabkommen versuchen sich die EU-StrategInnen auf eine neue Ebene zu stellen. Jede in einem EU-Staat begangene angeblich strafbare Handlung soll in jedem anderen EU-Staat verfolgbar sein, auch wenn diese Handlung in dem jeweiligen Staat völlig legal ist. In diesem Stil durchsuchte deutsche politische Polizei, eifrig unterstützt durch die niederländische Justiz, die Wohnung eines spanischen Staatsangehörigen in Vaals (NL).

Grundlage dieser Durchsuchung war die vermutete Mitarbeit an der deutschen linken Zeitschrift „radikal“. Diese Zeitschrift ist nur in Deutschland verboten und wird seit über zwei Jahren unter dem berüchtigten „Anti-Terror-Paragraphen“, dem §129 Strafgesetzbuch, verfolgt. Erstmals in der Geschichte versucht die deutsche Justiz, die vermeintliche Redaktion einer Zeitschrift als kriminelle Vereinigung zu behandeln, und breitet diesen Versuch auch in die Niederlande aus.

Als in den 80er Jahren ein Redaktionsmitglied dieser Zeitschrift in die Niederlande flüchtete, urteilten die Niederlande noch, daß diese Verfolgung ausschließlich politisch begründet war. 10 Jahre später wird bedenkenlos mitgespielt, sogar ohne zu fragen, ob dieses Verhalten überhaupt legal ist. Ein Vorausblick auf kommende Zeiten …?!

Die Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D)

Gerade darum haben wir, linke Menschen, die in Deutschland und in den Niederlanden wohnen, beschlossen, eine Demonstration von Vaals (NL) nach Aachen (D) zu organisieren. Eine Demonstration über die Grenze. Nicht weil die alten nationalen Grenzen uns besonders interessieren, sondern weil wir uns gemeinsam wehren wollen gegen diese EU-Politik. Weil wir gemeinsam Grenzen aufmachen wollen unter uns und für alle, die nach Europa kommen wollen oder müssen. Weil wir keine EU wollen, aber ein ganz anderes Europa und eine ganz andere Welt.

Wir sind uns sehr darüber bewußt, daß eine grenzüberschreitende Demonstration auch Nachteile hat. Viele werden kaum daran teilnehmen können, weil sie nicht die richtigen Papiere haben.

Andererseits kann und soll die Demonstration auch mobilisieren gegen den EU-Gipfel vom 14.-17. Juni in Amsterdam. Dort wollen die Herrschenden ihre weiteren Pläne festlegen. Ein breites „Bündnis von unten“ wird sich dagegen zur Wehr setzen, Alternativen diskutieren und versuchen, den Gipfel zu stören. Gegen die übernationalen Pläne der EU können wir uns nur international wehren, wollen wir nicht in Nationalismus verfallen. Viele Menschen innerhalb der EU haben das schon begriffen und organisieren sich.

Wir wollen mit dieser Demonstration den deutschen Staat weiter unter Druck setzen, die absurde Hetzkampagne gegen die „radikal“, die er innerhalb und außerhalb seines Rechtsbereiches immer weiter auszubreiten versucht, endlich zu stoppen. Wie weit die juristische Komplizenschaft der Niederlande geht, wird sich Ende Juni zeigen, wenn in Maastricht das Gerichtsverfahren auf Herausgabe der bei der Durchsuchung in Vaals beschlagnahmten Sachen läuft. Wir rufen alle dazu auf, auch da anwesend zu sein und zu protestieren.

Es gibt keine ungesetzlichen Menschen, nur unmenschliche Gesetze

Offene Grenzen für alle
Nur gemeinsam können wir die EU kippen
Einstellung aller „radikal“-Verfahren

24. Mai 1997
12.00 Uhr, Vaals,
von Clermont Plein

(Dokumentation des Aufrufflugblattes, das von zahlreichen Gruppen aus den NL und der BRD unterzeichnet wurde, aus Platzgründen gekürzt)

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 05 02 05, 65929 Frankfurt / M. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m. b. H., Palmaille 24, 22767 Hamburg. V. i. S. d. P.: Christiane Schneider. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Palmaille 24, 22767 Hamburg, Tel.: (0 40) 38 13 93, Fax: (0 40) 3 89 83 31 (mit Empfängervermerk). Einzelpreis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM, ein Halbjahresförderabonnement 30,00 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. – Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. **Eigentumsvorbehalt:** Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. **Spendenkonto der Angehörigen:** Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 5454194. ***Redaktionsschluß für Nr. 195: So, 8.6.97***